

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en



Feiern im Mai 2015

Von Ende April bis zum 10. Mai fand eine Vielzahl von Feiern und Veranstaltungen anlässlich 70 Jahre Kriegsende und Befreiung vom Nationalsozialismus statt. Den krönenden Abschluss bildete die Befreiungsfeier in der Gedenkstätte Mauthausen, die heuer unter dem Motto „Steinbruch und Zwangsarbeit“ stand.

Schon die sozialdemokratische Feier um 10 Uhr beim Denkmal für Richard Bernaschek war eine mächtige Kundgebung, auch dort mehr als doppelt so viele TeilnehmerInnen wie in den Vorjahren, mit großen Gruppen mehrerer Landesverbände. Unsere gf. oberösterreichische Landes- und stv. Bundesvorsitzende Laurien Scheinecker eröffnete die Kundgebung. Angesichts des grauenhaften Terrors, der durch die Nationalsozialisten verübt wurde, und dem nun 70. Jahrestag der Befreiung ermahnte sie, nicht nur Freude, sondern vor allem Demut zu empfinden. Diese Demut vor der Geschichte und eine starke sozialistische Antwort auf Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass müssten im Mittelpunkt unserer Arbeit als AntifaschistInnen stehen. Zweite Hauptrednerin war die Vorsitzende der SPÖ-Frauen Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Sie stellte die mindestens 4.000 weiblichen Häftlinge in Mauthausen von 1942 bis 1945 und die Perfidie der Nazis, Zwangsprostituierte in einem Häftlingsbordell einzusetzen, ins Zentrum ihrer Ausführungen. Sie rief uns unsere unvergessene Rosa Jochmann, SPÖ-Frauenpolitikerin, Abgeordnete, Freiheitskämpfer/innen-Vorsitzende, in Erinnerung. Bundesvorsitzender Johannes Schwantner erinnerte in seiner Rede an drei sozialdemokratische Opfer des Nazi-Terrors: den Eisenbahner Edwin Schuster (Mauthausen), den Wiener Landtagspräsidenten Robert

Danneberg (Auschwitz) und die Frauenpolitikerin und Revolutionäre Sozialistin Käthe Leichter (Bernburg/Saale).

Mehr als zwei Stunden dauerte der Einzug der internationalen Delegationen bei der großen



Die Kundgebung der Freiheitskämpfer/innen beim Denkmal für Richard Bernaschek mit BM Gabriele Heinisch-Hosek im Vorfeld der Befreiungsfeier in Mauthausen

Befreiungsfeier. Rund 22.000 BesucherInnen aus dem In- und Ausland nahmen teil – darunter erfreulicherweise die österreichische Staatsspitze.

Der 5. Mai ist in Österreich ein nationaler Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus und erinnert an die Opfer des Nationalsozialismus. Das Parlament beging deshalb den Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Im Zentrum standen dabei die Überlebenden der NS-Verbrechen. BurgschauspielerInnen lasen aus der Produktion „Die letzten Zeugen“. Sie gibt Einblicke in die erschütternden

Erinnerungen der Überlebenden Rudolf Gelbard, Lucia Heilman, Suzanne-Lucienne Rabinovici und Ari Rath. Die Schriftstellerin Christine Nöstlinger hielt die Gedenkrede, wobei sie betonte, „Bildung sei das beste Mittel für friedliches Zusammenleben“. Nationalratspräsidentin Doris Bures erinnerte an das schreckliche Leid, das die Überlebenden durchgemacht hatten. Es habe sie ein ganzes Leben lang begleitet. „Niemand vergessen“ sei deshalb für viele zur Lebensaufgabe ge-

Regierungsspitze wurde live in ORF 2 übertragen. Genosse Faymann sagte, dass die provisorische Regierung Renner bereits am 8. Mai 1945 das NS-Verbotsgesetz beschloss – die Zweite Republik ist somit die Antithese zum Dritten Reich. Er dankte allen unermüdlichen ZeitzeugInnen für ihren Einsatz, besonders dem Festredner Marko Feingold.

Reinhold Mitterlehner analysierte den Umgang unserer Gesellschaft mit dem Datum 8. Mai 1945. Erst seit kurzem gäbe es eine positive Rezipierung und wird es – zu Recht – als Tag der Befreiung und der Freude begangen. Österreich brauche eine lebendige Gedenk- und Erinnerungskultur.

Genosse Marko Feingold, Überlebender dreier Konzentrationslager, Vorsitzender der IKG Salzburg, hielt das Festreferat. Er lobte den Einsatz der aktuellen österreichischen Bundesregierung für die Gedenkkultur. Am 11. April 1945 wurde er, Feingold, im soeben von den US-Truppen befreiten KZ Buchenwald, wie er sagte, „von einer Nummer wieder zu einem Menschen“. Er berichtete von den Hindernissen auf der Fahrt nach Wien, als an der Enns, damals Zonengrenze, Stopp war. Es ging retour Richtung Deutschland. In Salzburg stieg er aus und ist, wie er launig formulierte, „für 70 Jahre hängen geblieben“.

Wie schon im Vorjahr stellte das Bundesheer vor der Krypta am Heldenplatz eine Mahnwache. Am Abend feierten 15.000 Menschen mit den Wiener Symphonikern auf dem Heldenplatz den Jahrestag der Kapitulation Hitlerdeutschlands beim „Fest der Freude“.

worden. Das sei auch das Versprechen heutiger Generationen.

Anlässlich des 8. Mai lud Bundeskanzler Werner Faymann stellvertretend für alle Opfer die KZ-Überlebenden, WiderstandskämpferInnen und ZeitzeugInnen Marko Feingold, Käthe Sasso und Rudolf Gelbard ins Bundeskanzleramt (siehe Seite 18).

Am 8. Mai luden Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner 100 Gäste zum „Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an die Beendigung des Zweiten Weltkriegs in Europa“ vor 70 Jahren. Der Staatsakt der



Wehret „diesen“ Anfängen in der SPÖ!

In seiner letzten Sitzung am 10. Juni hat sich unser Bundesvorstand klar gegen die SPÖ-FPÖ-Koalition im Burgenland ausgesprochen und ein Ausschlussverfahren gegen LH Hans Niessl eingeleitet. Die mehrheitlich beschlossene Stellungnahme wird im Folgenden im Wortlaut wiedergegeben.

Fassungslos und mit Empörung musste der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en die rot-blaue Regierungskoalition unter dem sozial-

demokratischen Landeshauptmann und stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden Hans Niessl zur Kenntnis nehmen.

Ein unglaublicher und unerhörter Bruch sozialdemokratischer

Werte und Grundsätze, gelten der Beschlüsse von SPÖ-Parteitag und ehrlicher öffentlicher Äußerungen vieler sozialdemokratischer und sozialistischer Funktionäre und Funktionärinnen und Persönlichkeiten hat verheerenden Schaden angerichtet.

Der 43. Ordentliche Bundesparteitag vom 28. und 29. November 2014 in Wien hat in einer einstimmig beschlossenen Resolution erneut festgestellt, dass die SPÖ im besonderen Maße einer antifaschistischen Tradition und den Opfern der Faschismen verpflichtet ist. Der Rechtspopulismus der FPÖ wird niemals soziale Probleme lösen. Die soziale Frage ersetzt sie durch Hetze.

Das politische Vorgehen der SPÖ Burgenland erscheint insbesondere vor dem Hintergrund der Resolution 14.01 des Parteitages 2014 „Keine Koalition mit

der FPÖ auf allen politischen Ebenen“ als Affront gegen die Grundwerte und Beschlüsse der österreichischen Sozialdemokratie. Jede Koalition mit der FPÖ verbiegt auf beschämende Art und Weise unser 3-Pfeile-Symbol gegen Faschismus, Kapitalismus und Reaktion. Biegen wir unsere drei Pfeile wieder gerade!

Vor diesem Hintergrund beschließt der Bundesvorstand der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en, den sofortigen Ausschluss von Hans Niessl aus der Organisation der Freiheitskämpfer/innen einzuleiten.

Weiters fordert der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen die Bundespartei zur Einleitung eines Schiedsgerichtsverfahrens wegen Nichteinhaltung gültiger Parteitagsbeschlüsse auf. ■



SPÖ/Johannes Zimmer

Beim Parteitag 2014 wurde die geltende Beschlusslage bekräftigt: keine Koalitionen mit der FPÖ

Keine Koalition mit der FPÖ

Unmittelbar nach der Verkündung des burgenländischen SPÖ-Vorsitzenden und Landeshauptmannes Hans Niessl, mit der FPÖ Gespräche über die Bildung einer Koalition aufnehmen zu wollen, hat Freiheitskämpfer/innen-Bundesvorsitzender Johannes Schwantner rasch reagiert und eine Aussendung verbreitet.

Jeder Schritt, der die FPÖ weiter salonfähig macht, ist ein Schritt zu viel.“ Klare Worte findet der Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en Johannes Schwantner zu den Verhandlungen der burgenländischen SPÖ mit der FPÖ über eine neue Landesregierung. „Jeder politische Schritt, der die FPÖ weiter salonfähig macht, ist ein Schritt zu viel. Mit einer Partei, die mit Rassismus und Hass Politik macht und nach wie vor eine Schar-

nierfunktion für den Rechtsextremismus in Österreich hat, wollen wir nichts zu tun haben – auf keiner Ebene“, betont Schwantner. Es wäre wichtig, wenn Hans Niessl und die burgenländische Partei die eindeutigen Beschlüsse des Bundesparteitages ernst nehmen würden.

Schwantner begrüßt daher, dass sich SPÖ-Chef Faymann und die Wiener Landes-SPÖ klar zur FPÖ positionieren und dass auf Bundes- und auf Wiener Landesebene eine Regierung mit den Blauen kein Thema ist.

Schwantner weiter: „Wir stehen in dieser Frage voll und ganz hinter unserem Parteivorsitzenden. Die Sozialdemokratie ist eine antifaschistische Bewegung. Die wieder stärker werdende FPÖ wird sicherlich nicht eingebremst werden, wenn man mit ihnen Koalitionen eingeht. Wir müssen hart daran arbeiten, diesen Hetzern den Nährboden zu entziehen, und alle an einem Strang ziehen, die Gesellschaft gerechter und demokratischer zu gestalten.“

Für den Bund Sozialdemokratischer Freiheitkämpfer/innen gibt es in puncto Zusammenarbeit mit der FPÖ keinerlei Kompromisse. Im Sinne von Rosa Jochmann, Josef Hindels, Fini Muhr und Manfred Ackermann müssen wir gegen jede Annähe-

rung an diese ausländerfeindliche und rassistische Bewegung kämpfen. Wir erinnern uns an das Jahr 2000, wo alle demokratischen Kräfte heftig und entschlossen in Wien gegen die FPÖ-ÖVP-Regierung demonstriert haben, auch wir Freiheitskämpfer/innen und natürlich auch die gesamte SPÖ.

Wir stehen in großer Verantwortung von Otto Bauer, Karl Seitz, Käthe Leichter, Robert Danneberg und vielen mehr, die im Kampf gegen den Faschismus und Nationalsozialismus aus Österreich vertrieben und ermordet wurden. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, die verlorenen Wähler und Wählerinnen durch eine klare sozialdemokratische bzw. sozialistische Politik zurückzugewinnen. ■

„Wer einmal gestorben ist, dem tut nichts mehr weh“

Marko Feingold ist im Zuge der Feierlichkeiten zum 70. Jubiläum der Wiedergründung der SPÖ Salzburg Stadt die Otto-Bauer-Plakette für seinen unermüdlichen Einsatz gegen Rechtsradikalismus und Faschismus verliehen worden.

Es gibt keine angemessene Würdigung für das Leben und Wirken eines Mannes, dessen Dasein geprägt wurde durch all das Leid, das man ihm zugefügt hat, durch all die Unmenschlichkeit, die er erfahren musste, und durch all die Grausamkeiten, die Europa im 20. Jahrhundert für immer verändern sollten. Ein Mann, der trotz dieser Erfahrungen stets als Vorbild wirkt, der in Salzburg als Symbol für die Versöhnung und den Wiederaufbau gilt, der sich immer seine Menschlichkeit bewahren konnte und immer noch für den Dialog und die Solidarität unter den Menschen eintritt. Marko Feingold verkörpert all das und noch viel mehr und für all seine Verdienste wollen wir ihm die höchste Auszeichnung verleihen“, betonte Nationalrat a. D. Johann Maier, Vorstandsmittglied des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen in Salzburg, bei der Verleihung der Otto-Bauer-

Plakette an Marko Feingold.

Der 1913 geborene Marko Feingold musste bereits im Jahr 1938, also kurz nach dem Anschluss, in Haft, ehe er Österreich verlassen musste und in die damalige Tschechoslowakei übersiedelte. 1939 wurde er in Prag verhaftet und musste für ein Jahr ins Gefängnis, ehe er ins Konzentrationslager Auschwitz überstellt wurde, das er selbst als

eines der schrecklichsten Lager bezeichnet. Nach Auschwitz wurde er ins KZ Neuengamme bei Hamburg überstellt, wo sein Körpergewicht auf ca. 35 Kilogramm herabsank, weshalb er nicht mehr arbeitsfähig war und für den Todestransport nach Dachau überstellt wurde. 1941 kam er ins Konzentrationslager Buchenwald, wo er bis zum 11. April 1945 ums Überleben kämpfen musste, ehe er und seine Leidensgenossen von den Amerikanern befreit wurden.

Am 18. Mai 1945 durfte er mit dem ersten Transport von Öster-

reichern nach Österreich fahren. „Es ist aber nicht nur seine Leidenszeit in den Kriegsjahren, die Marko Feingold auszeichnet, sondern es sind vor allem seine Verdienste in der Nachkriegszeit, die in uns höchste Bewunderung und Respekt hervorrufen. Als er in Salzburg ankam, begann er sogleich gemeinsam mit Edi Goldmann, die Leitung der Verpflegungsstätte für politische Häftlinge zu übernehmen. Er kümmerte sich um die ehemaligen Häftlinge, führte Familien wieder zusammen, er half den politisch Verfolgten bei der Wiedereingliederung und war damit ein wesentlicher Bestandteil des Wiederaufbaus in Salzburg“, informierte Maier.



Den Freiheitskämpfer/inne/n wurde die große Ehre zuteil, die Otto-Bauer-Plakette an Marko Feingold überreichen zu dürfen. V.l.n.r.: Abg. z. NR a. D. Johann Maier, SPÖ-Bezirksvorsitzender Michael Wanner, Marko Feingold, Bürgermeister Heinz Schaden, SPÖ-Landespartei vorsitzender Walter Steidl

Als Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde in Salzburg leistet er seit Jahrzehnten einen bedeutenden Beitrag zum interreligiösen Dialog und als Zeitzeuge einen unbeschreiblich bedeutenden Beitrag, damit wir die grausamsten Stunden der Menschheitsgeschichte nie vergessen werden. Die „Kämpfer“-Redaktion gratuliert dem ausgezeichneten herzlich! ■

Wir gratulieren: April bis Juni 2015

105. Geburtstag: Paula Billes, Eisenstadt. **102. Geburtstag:** Marko Feingold, Salzburg; Hedwig Sauer, Wien.
97. Geburtstag: Anna Bassani, Bad Aussee; Ida Holicsek, Eisenstadt. **95. Geburtstag:** Susanne Bock, Wien.
94. Geburtstag: Elise Glanzer, Klagenfurt; Georg Kriz, Krems/Donau; Hella Fixel, Wien. **93. Geburtstag:** Erna Putz, Salzburg; Ludwig Rechtberger, Steinbrunn; Ilse Nossian, Zwettl. **92. Geburtstag:** Anton Silhavy, Bad Vöslau; Gertrude Wessely, Eisenstadt; Ernst Aichinger, St. Pölten; Adalbert Busta, Erika Seda, Henriette Taussig, Wien. **91. Geburtstag:** Franz Focke, Anna Hilbert, Wien. **90. Geburtstag:** Johann Kaller, Gerasdorf bei Wien; Johann Renten, Linz; Wilhelmine Terp, Wien. **85. Geburtstag:** Aloisia Lippert, Schwechat; Maria Derflinger, Steyr; Eduard Harant, Alfred Heinrich, Hans Kosar, Erwin Lanc, Herbert Piererfellner, Hedwig Pötttschacher, Josef Staffel, Wien. **80. Geburtstag:** Franz Schleinig, Neulengbach; Willibald Schwarzinger, Retz; Alfred Sindl, St. Pölten; Johann Pusch, Waidhofen/Thaya; Paul Bernegger, Alfred Kohlbacher, Leo Zahel, Wien; Agnes Edelbauer, Wiener Neustadt. **75. Geburtstag:** Helmuth Türk, Attnang-Puchheim; Hannelore Decker, Bad Hall; Karl Haslinger, Herzogenburg; Werner Winkler, Innsbruck; Franz Sendner, Linz; Ingeborg Grasel, Markt Piesting; Anton Damböck, St. Georgen; Rudolf Bichler, St. Pölten; Franz Albrecht, Oswald Bazant, Ulrich Dobnik, Johann Franz, Edith Lahl, Gerhard Lustig, Franz Mrkwicka, Erika Ring, Renate Schaffer, Margarete Springer, Helga Vogelsinger, Leopold Waberer, Gertrude Winter, Wien; Johann Stippel, Wiener Neustadt.



Wir wollen einen Ort der Erinnerung!

Die sozialdemokratische LSBTI-Organisation SoHo fordert ein permanentes Mahnmal für homosexuelle und transgender NS-Opfer. Ein Plädoyer von Peter Traskowitsch, Bundes- und Wiener Landesvorsitzender der SoHo.

Ausgrenzung, Erniedrigung und Verfolgung von Lesben und Schwulen ziehen sich durch die Geschichte. Die nationalsozialistischen Machthaber brauchten keine eigene Homosexualitäts-Ideologie – sie konnten an die bestehenden Vorurteile anknüpfen. Homosexuelle wurden zu bevölkerungspolitischen Staatsfeinden erklärt. Wenn man ihrer habhaft werden konnte, wurden sie weggesperrt und umgebracht.

Wien unternimmt seit einigen Jahren Anstrengungen, das Gedenken an die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus Teil der offiziellen Erinnerungskultur werden zu

lassen; auch eingedenk der Tatsache, dass lesbische, schwule, trans*identische, bisexuelle, queere Lebensgeschichten zu Wien gehören.

Die von der Wiener Antidiskriminierungsstelle im November vergangenen Jahres durchgeführte Tagung „Gedenken neu gedacht – Wien gedenkt vergessener Opfer. Zeithistorische, gesellschaftliche, queere und künstlerische Dimensionen des Gedenkens an homosexuelle und transgender NS-Opfer“ war ein wichtiger Moment des Innehaltens und Nachdenkens, wie und in welcher Form Wien homosexueller Opfer gedenken will. So stellt sich etwa die Fra-

ge, ob es nicht an der Zeit wäre, nach mehreren temporären LSBTI-Denkmalen zügig an die Verwirklichung eines ständigen Mahnmals heranzugehen; ein Mahnmal, das künstlerisch, städtebaulich und politisch Akzente setzen sollte – auch im Hinblick darauf, wie zeitgemäßes Gedenken in die Topographie einer Stadt eingeschrieben werden kann.

Wir wollen aber nicht vergessen, dass die sozialhistorische Darstellung und Erforschung LSBTI-Lebens bereits geschieht, etwa durch den Verein QWien. Seine Arbeit mündet in einer einzigartigen Sammlung zur lesbischschwulen und Trans*-Geschichte und zur Entwicklung homosexueller Emanzipation, die gleichzeitig die Unterdrückung schwuler Selbstäußerungen dokumentiert.

Was fordert also die Sozialde-

mokratische Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen-, Trans*- und Intersexuellen-Organisation erinnerungspolitisch?

Wir fordern ein ständiges Denkmal, zu dessen Errichtung nach den Wiener Landtagswahlen geschnitten werden soll. Und damit im Zusammenhang fordern wir, dass die Geschichte der Homosexuellen im Überblick und unter Setzung von Schwerpunkten, etwa dem der Verfolgung im Nationalsozialismus, in Form einer ständigen Ausstellung in einem historischen Museum implementiert wird. Darüber hinaus können wechselnde Ausstellungen zur Kultur, zur Geschichte und zum Alltag von Homosexuellen erarbeitet und gezeigt werden. Ein Schwerpunkt soll auch der Darstellung und der Bewahrung homosexueller Biografien gewidmet sein. ■

Urnengrab von Kurt Schmidt

Im Frühjahr erhielt unser Sekretariat Post von der Bestattung Wien. Wir wurden informiert, dass das Benützungrecht des Urnengrabes von Kurt Schmidt auslaufe. Kurt Schmidt war 1994/1995 Wiener Landesvorsitzender. Er hat Auschwitz überlebt, seine Familie wurde von den Nazis ermordet. Bis ins hohe Alter wirkte Kurt Schmidt als Aufklärer und Erzieher der Jugend und führte mehr als 400 Gruppen durch die Gedenkstätte Mauthausen. „Jedes Mal geht ein Stück Herz mit“, sagte er 1994 anlässlich des Todes von Rosa Jochmann im Interview mit dem Nachrichtenmagazin „profil“ (Nr. 7/94) zu seinen Führungen durch die Gedenkstätte. Viele wunderten sich, dass keine seiner Führungen der anderen gleiche, erzählte er stolz: „Zeit-

zeugen sind eben glaubwürdiger. Andere machen es auch wunderbar, aber sie sind eben keine Zeitzeugen.“ Kurt Schmidt soll nicht und er wird nicht vergessen werden. Deshalb trägt der Landesverband Wien die Kosten der Grabstelle. ■



Die Grabstätte von Genossen Kurt Schmidt wird auch weiterhin an ihn erinnern

NS-Opfer erhalten 2015 einmalige Zuwendung

Rund 640 Bezieherinnen und Bezieher einer einkommensabhängigen Unterhaltspension nach dem NS-Opferfürsorgegesetz erhalten anlässlich des Gedenkjahres 2015 eine persönliche Zuwendung in Höhe von 1.000 Euro. Wie Sozialminister Rudolf Hundstorfer Ende Mai in einer Aussendung mitteilte, könnte mit den in der Opferfürsorgekommission vertretenen Opferverbänden ein Einvernehmen über diese einmalige Zuwendung hergestellt werden. „Ich möchte anlässlich dieses Jahrestages auch mein ganz persönliches Mitgefühl und meine Hochachtung für das von den Opfern erlittene Schicksal aussprechen“, so Hundstorfer. Durch das 1945 geschaffene Opferfürsorgege-

setz (OFG) werden die Opfer des Widerstandskampfes und der politischen Verfolgung, die in der Zeit vom 6. März 1933 bis zum 9. Mai 1945 geschädigt wurden, versorgt. Von 1945 bis 2014 wurden im Bereich Opferfürsorge über 900 Millionen Euro aufgewendet. ■



Zuständig für die Opferfürsorge: Sozialminister Rudolf Hundstorfer

Trauer um Hans Brosch (1930–2015)

Am 5. Mai 2015 verstarb völlig überraschend unser langjähriges Mitglied des Bundes- und des Wiener Landesvorstandes sowie der Vorsitzende der Bezirksgruppe Mariahilf, Neubau und Josefstadt, LAbg. a. D. Hans Brosch, im Alter von 85 Jahren.

Hans Brosch begann seine politische Arbeit in Wien Neubau. Bereits 1947 trat er der SJ Neubau bei und legte damit den Grundstein für seine achtbare Karriere im Dienst der Sozialdemokratie. Sektionsleiter, Bezirkssekretär (1955–1970), Bezirksrat, Abgeordneter zum Wiener Gemeinderat und 1991 erster Vorsitzender des Gemeinderats. Als Vorsitzender der SPÖ Neubau (1970–1992) konnte er zahlreiche Projekte im Bezirk maßgeblich betreuen. Die Revitalisierung des Spittelberges, die Errichtung von Gemeindebauten in Neubau und die Gestaltung von Grünflächen. Neben seiner politischen Arbeit war er der Kulturarbeit eng verbunden. Aus

einem sozialdemokratischen Elternhaus kommend, kannte er die Not der WiderstandskämpferInnen und als im Jahr 1956 Flüchtlinge aus Ungarn nach Wien kamen, fanden sie im Flüchtlingssekretariat der ungarischen Sozialdemokratischen Partei im Bezirkszentrum SPÖ Neubau Hilfe und Unterstützung.

Die Auszeichnungen zeigen die Wertschätzung, die der politischen und kulturellen Arbeit von Hans Brosch entgegengebracht wurde: Silbernes Ehrenzeichen der Republik, Verdienstzeichen der Stadt Wien, Goldenes Ehrenzeichen der Stadt Wien, Viktor-Adler-Plakette und natürlich die

Otto-Bauer-Plakette der Freiheitskämpfer/innen.

Seit 1967 war Hans Brosch Mitglied der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen. Er führte seine Bezirksgruppe mit viel Engagement, veranstaltete Vorträge mit ZeitzeugInnen und



Mit Hans Brosch haben die Sozialdemokratie und die Freiheitskämpfer/innen einen wichtigen Mitstreiter verloren

Gedenkfahrten. So konnte er für seine letzte Veranstaltung im Oktober 2014 „Der Holocaust – die letzten Zeugen“ Prof. Rudolf Gelbard gewinnen und sehr viele interessierte BesucherInnen begrüßen.

Bei der Verabschiedung waren unter den Trauergästen neben den Mitgliedern der sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen politische Weggefährten wie BM a. D. Erwin Lanc, BM a. D. Rudolf Edlinger, LAbg. Ernst Woller, 3. Lt.-Präs. a. D. Erika Krenn. Die RednerInnen der Trauerfeier, Abg. z. NR Andrea Kuntzl und Dr. Michael Ludwig, als Mitglied der Landesregierung, lobten den unermüdelichen Einsatz von Hans Brosch für die Sozialdemokratie und ihre Werte. Die Freiheitskämpfer/innen werden ihn niemals vergessen!

Annemarie Hopfgartner ■

Zur Erinnerung an Barbara Prammer

Ingrid Nowotny hat sich anlässlich des bevorstehenden ersten Todestages von Genossin Barbara Prammer Gedanken über Prammers antifaschistisches Erbe gemacht.

Barbara Prammer wurden nach ihrem Tod am 2. August 2014 viele Würdigungen zuteil. Dennoch kann ein Aspekt nicht oft genug in Erinnerung gerufen werden: Sie war Antifaschistin und hat aktiv für die Freiheit und gegen rechtes Gedankengut gekämpft, mit ihrem scharfen Verstand, mit ihrer subtilen Hartnäckigkeit und Durchsetzungskraft, aber auch mit ihrem Herzen.

Sie ist in Ottngang am Hausruck in Oberösterreich aufgewachsen, nicht weit von der Bergarbeitersiedlung Holzleiten, einem bedeutsamen Ort für die Geschichte der Februarkämpfe 1934. Zehn Schutzbündler wur-

den bei den Kämpfen zwischen Arbeitern und Militär getötet, vier davon durch standrechtliche Exekution auf der Bühne des Arbeiterheims. An der Aufführung der literarischen Aufarbeitung von Franzobel 2005 war sie nicht unbeteiligt.

Mit hohem Engagement öffnete sie das Parlament für ZeitzeugInnen und setzte wichtige Zeichen für Roma und Sinti und sonst oft vergessene Gruppen von Opfern des NS-Regimes, wie etwa für Homosexuelle.

Mit Bitterkeit musste sie zur Kenntnis nehmen, dass sie die Wahl von Martin Graf in das Amt des Dritten Nationalratspräsi-

denten nicht verhindern konnte. Barbara Prammer war eine durchschlagskräftige Politikerin mit intellektueller Qualität. Sie hat ihre Ziele mit Bedacht und Zähigkeit verfolgt, Provokation hat sie erst eingesetzt, wenn kein anderes Mittel mehr möglich war. Auch Emotionalität war ihr nicht fremd und sie hat nie geleugnet, dass sie Antrieb und Motivation oft aus persönlichem Empfinden schöpfte.

Ein Satz aus ihrem Buch „Wer das Ziel nicht kennt, wird den Weg nicht finden“ möge der Sozialdemokratie und insbesondere den Freiheitskämpfer/innen Leitlinie und Richtschnur sein: „Antifaschismus ist ein wesentliches Motiv für mein politisches Engagement. Mehr noch: Ich sehe mich als Bürgerin zur Wachsamkeit gegenüber allen

Formen von Totalitarismus, Rassismus und Nationalsozialismus verpflichtet.“

In Wertschätzung und Anerkennung. Barbara Prammer, wir werden dich niemals vergessen!



Barbara Prammer erlag 2014 ihrer schweren Erkrankung

Kranzniederlegung beim Denkmal der Roten Armee

Die Wiener Freiheitskämpfer/innen gedenken der Befreiung Wiens durch die Rote Armee und legten beim Befreiungsdenkmal auf dem Schwarzenbergplatz einen Kranz nieder.

Nein Tage dauerte die äußerst verlustreiche Schlacht um Wien. 19.000 Rotarmisten fanden allein bei diesen Kämpfen den Tod, ein Blutopfer für unsere Freiheit, vor dem wir Freiheitskämpfer/innen uns mit Ehrfurcht und Dank bei der

Kranzniederlegung verneigten. Landesvorsitzender Gerald Netzl und Ali Kohlbacher wiesen auf die dramatischen Ereignisse und Folgen der Apriltage 1945 hin. Wie verbrecherisch, menschenverachtend und realitätsfern Hitler und die Nazibonzen die Ver-

teidigung Wiens bewerkstelligen wollten, zeigten auch die letzten Tage des Regimes:

Am 7. April befahl Hitler, Wien bis zum letzten Mann zu halten. „Gegen jeden Aufstands- und Sabotageversuch ist mit größter Brutalität einzuschreiten.“ Dazu eine aufschlussreiche Eintragung von Goebbels am 8. April in sein Tagebuch: „Der Führer hat für die Verteidigung Wiens den bisher schärfsten Befehl im ganzen Krieg herausgegeben. Wer die Stellung verlässt, soll erschossen werden. Es haben in der Stadt Aufuhraktionen in den ehemaligen roten Vororten stattgefunden. (...) Jetzt müssen die härtesten Maßnahmen getroffen werden, um die Dinge in Wien zu bereinigen.“

Diese Maßnahmen zeigen,

dass die Naziführung keinerlei Rücksicht auf die Bevölkerung nehmen wollte: Die verbrecherischen Befehle kosteten 19.000 deutsche Soldaten und 8.000 WienerInnen das Leben. Dies nur, um den längst verlorenen Krieg und ihre Leben um wenige Tage zu verlängern. Hitler, Göring, Himmler und Goebbels entzogen sich der Verantwortung durch feigen Selbstmord – der Verantwortung für die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs, eines Raub- und Eroberungskriegs, der in Kooperation mit dem deutschen Industrie- und Finanzkapital an die 60 Millionen Tote forderte. Davon haben die sowjetischen Völker den höchsten Blutzoll bei der Niederrichtung des Nazifaschismus und für unsere Freiheit erbracht.



Die Delegation der Wiener GenossInnen bei der Kranzniederlegung vor dem Denkmal der Roten Armee

Gedenken in Flossenbürg

Die Lagergemeinschaft Flossenbürg nahm unter der Leitung ihres Vorsitzenden Theo Maier am 26. April an der Gedenkfeier zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Flossenbürg teil.

Die Freiheitskämpfer/innen pflegen seit Jahren Kontakt zur Gedenkstätte sowie zu Vertretern der SPD-Ortsgruppe und des Landtages. Unser verstorbener Ehrevorsitzender NR a. D. Leo Mistingering war in der Zeit von Juli 1944 bis zu seiner Befreiung durch US-Truppen im Jahre 1945 Häftling des Konzentrationslagers. Leo hatte sich in den 30er Jahren den illegalen „Revolutionären Sozialisten“ angeschlossen. Dafür und für seine umfassende Widerstandstätigkeit von der Gestapo in Haft genom-

men, wurde er im Juli 1944 nach Flossenbürg deportiert. Mit Hilfe einer im Lager agierenden Gruppe von Nazigeignern konnte er vor der Hinrichtung bewahrt werden. Dazu meinte er: „Jedes meiner Delikte war ein Köpfler.“

Zum 55. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers begleitete eine Delegation Leo Mistingering nach Flossenbürg. Der ehemalige SPD-Ortsvorsitzende Albert Schwägerl hatte sich gemeinsam mit seiner Ortsgruppe intensiv für den sogenannten



Die Delegation der Lagergemeinschaft vor der KZ-Gedenkstätte

„Sozialistenstein“, einen zwei Meter hohen Granitquader, eingesetzt. Für seine besonderen Bemühungen um die Erinnerungsstätte und für seinen antifaschistischen Einsatz wurde ihm vom Bundesvorstand als erstem Nicht-Österreicher die Otto-Bauer-Plakette verliehen. Die Mitglieder der Lagergemeinschaft legten auch heuer bei ihrem Besuch in Flossenbürg gemeinsam mit seiner Witwe Edith und seinen Kindern ein Bukett beim Grabmal unseres leider zu früh verstorbenen Freundes nieder. Während einer Führung durch das neu gestaltete Areal

des ehemaligen KZ wurde beim nunmehr ins „Tal des Todes“ versetzten Stein ein Kranz niedergelegt.

Im Rahmen der Gedenkveranstaltung, an der ZeitzeugInnen und RepräsentantInnen aus Politik und Gesellschaft teilnahmen, kam auch der KZ-Überlebende Jack Terry zu Wort. „Ich habe Flossenbürg verlassen, aber Flossenbürg hat mich nie mehr verlassen.“ Den Abschluss der Gedenkfahrt bildete der Besuch der Walhalla, in der seit einigen Jahren der Geschwister Scholl gedacht wird. *Edith Krisch* ■

Die Befreiung Wiens: ZeitzeugInnen erzählen

120 Personen folgten am 13. April der Einladung des Wiener Landesverbandes in den repräsentativen Wappensaal des Wiener Rathauses.

Die ZeitzeugInnen und Mitglieder des Landesvorstands Herta Slabina, Ernst Outolny und Kurt Cizek beantworteten Fragen von Marina Hanke (SJ) und Marcus Gremel (JG) zu ihren Erinnerungen an die Zeit der Befreiung von der Nazi-Herrschaft. Vor Beginn gedachten die Anwesenden unseres verstorbenen Gen. Hans Brosch. Die Begrüßung und historische Einleitung nahmen Gerald Netzl und Klubobmann Rudi Schicker vor. Gen. Schicker, dessen Großvater in den letzten Kriegstagen von der SS in St. Marx (Wien 3) erschossen wurde, zitierte Franz Grillparzer, wonach der emporlodernde Nationalismus einen neuen Zustand der Barbarei heraufbeschwören werde.

Herta Slabina berichtete von der großen Not und Armut der 1930er Jahre, deren Grund die kapitalistische Weltwirtschaftskrise war und von der auch ihre Familie stark betroffen war. Traumatisierend für sie – und bewegend für die ZuhörerInnen im Saal – war, wie sie erzählte, bei einem Bombenangriff im

Luftschutzkeller verschüttet gewesen zu sein. Sie hofft, dass die heutige Jugend nie mehr ähnliche Schrecken wie damals miterleben und miterleiden muss.

Ernst Outolnys Vater war Schutzbündler und kolportierte nach 1934 die illegale Arbeiter-Zeitung. Bald nach dem „Anschluss“ wurde er von der Gestapo abgeholt. Die Familie musste um ihn zittern. Gegen seinen eigenen und des Vaters Willen musste Ernst Mitglied des Deutschen Jungvolks werden, andernfalls wurde dem Vater mit Verhaftung gedroht. Zum Wiener Stadtbild des April 1945 gehörten die vielen „wilden“ Gräber, so auch auf dem Kardinal-Rauscher-Platz. Ein Schlüsselerlebnis der Befreiung war für ihn die gemeinsame 1. Mai-Feier 1945 von SPÖ, KPÖ und ÖVP, dezentral im Bezirk, das heißt vor dem ehemaligen Haus der NSDAP (!), der heutigen Sir-Karl-Popper-Volksschule. 1948 war Ernst beim IUSY-Treffen in Ebensee. Dort lernte er junge GenossInnen aus vielen anderen Ländern kennen und es entstanden bis heute andauernde Freundschaften.



V. l. n. r.: Gerald Netzl, Kurt Cizek, Marina Hanke, Herta Slabina, Ernst Outolny, Marcus Schober, Marcus Gremel, Rudi Schicker

Kurt Cizek musste mit seiner Mutter als Dreijähriger zur Gestapo. Kurt sucht heute den Kontakt zur Jugend und besucht oft Schulen. Dort vergleicht er die demokratische und freie Schule von heute mit der Schule, wie er sie noch zwei Jahre in der Nazi-Zeit erfahren musste. Die Schule war damals keine Bildungseinrichtung, im Gegenteil, den Kindern wurden negative Vorbilder und Vorurteile eingeimpft. Kurts Credo: Wir AntifaschistInnen müssen heute dagegen auftreten, dass der Ungeist von gestern in unserer Gesellschaft weiterlebt.

In seinen Schluss- und Dankesworten schlug Marcus Schober, Wiener SPÖ-Bildungssekretär,

eine Brücke von der Februarfeier 2014 im Rathaus zur aktuellen Veranstaltung. Am 12. Februar 1934 endete mit der Verhaftung von Sozialdemokraten im Rathaus die Demokratie, am 14. April 1945 erwachte sie wieder, als Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten die SPÖ neu errichteten. Gemeinsam halten sozialdemokratische Freieitskämpfer/innen, Partei und Jugendorganisationen unsere Erinnerungskultur hoch.

Bereits am 12. April legte eine Delegation des Wiener Landesverbandes beim Befreiungsdenkmal auf dem Schwarzenbergplatz als Zeichen des Dankes einen Kranz nieder (Bericht auf Seite 6). ■

Rosa Jochmann-Medaille für Paula Billes



Zwei ausgezeichnete Genossinnen: Paula Billes und Hannelore Wallner

Am 13. Mai 2015 wurde Paula Billes 105 Jahre alt. Sie war mit Stefan Billes (1909–2002), dem ersten Vorsitzenden im Burgenland verheiratet. Die Landesvorsitzende der Freiheitskämpfer/innen Burgenland Susanna Steiger-Moser und Kassierin Hannelore Wallner besuchten Billes aus diesem Grund im Haus St. Martin in Eisenstadt. Sie über-

reichten ihr für die langjährige Mitgliedschaft die Rosa Jochmann-Medaille, die Frau Billes mit sichtlicher Freude entgegennahm, und überbrachten ihr die Glückwünsche unseres Bundesvorsitzenden Johannes Schwantner. Hannelore Wallner wurde übrigens im November 2014 für ihren unermüdlichen Einsatz die Viktor-Adler-Plakette verliehen. ■

4. Karl Gruber-Symposium: Wider den Neoliberalismus

Beim 4. Karl Gruber-Symposium der Freiheitskämpfer/innen im Bezirk St. Pölten standen die Analyse der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung und ihre Auswirkungen auf Gesellschaft und Demokratie im Mittelpunkt. Der renommierte Wirtschaftsforscher Dr. Stephan Schulmeister analysierte den andauernden realwirtschaftlichen Abschwung messerscharf. „Der Neoliberalismus ist in Wirklichkeit die Ideologie der Finanzkapitalisten und nur darauf aus, die Interessen der arbeitenden Menschen und auch der Realwirt-

schaft zu torpedieren“, machte Schulmeister klar. Die wachsende Unsicherheit in großen Bevölkerungsteilen, begleitet von steigender Arbeitslosigkeit und finanziellem Druck auf die ArbeitnehmerInnen, spielt Hetzern und Nationalisten in die Hände. Gleichzeitig geht das Vertrauen in die Lösungskompetenz der ArbeiterInnenbewegung verloren.

Der Landesvorsitzende der Freiheitskämpfer/innen Niederösterreichs, NR Anton Heinzl, ging auf die politischen Konsequenzen aus den Erfahrungen mit

der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre ein. In einer kritischen und vielfältigen Diskussion tauschten sich die TeilnehmerInnen mit Dr. Schulmeister über mögliche Al-

ternativen zum Diktat der neoliberalen Wirtschaftspolitik und den unsäglichen Sparvorgaben der konservativen EU-Mehrheit aus. ■



V. l. n. r.: Gastgeber Bgm. Rainer Handlfinger, LABg. Heidemaria Onodi, Dr. Stephan Schulmeister, NR Anton Heinzl, Dr. Irmhild Gruber, Harald Ludwig, BR Rene Pfister

Ausstellung „Stein 1945“

Der Historiker und Volksbildner Dr. Robert Streibel zeigte in der Galerie Kultur Mitte Krems im April seine Ausstellung, die vom (Über-)Leben

im Zuchthaus, von Zwangsarbeit und politischem Widerstand, vor allem aber erstmals vom Massenmord in Krems erzählte. Während der NS-Gewaltherrschaft war das Zuchthaus in Krems-Stein das größte der „Ostmark“.

Hier wurden Regimegegner eingesperrt – Kommunisten und „Saboteure“, Widerständler aus Österreich und Osteuropa. Am 6. April 1945 öffnet der Gefängnisdirektor angesichts der vorrückenden Roten Armee die Tore der Haftanstalt, doch SS, SA und lokale Bevölkerung jagen und ermorden hunderte politische Häftlinge in einem beispiellosen Massaker. Einigen gelingt die Flucht, einige überleben versteckt im Keller, ihre Berichte bildeten die Grundlage von Robert Streibels vielstimmigem

Panorama. Neben wissenschaftlicher Arbeit und historischer Recherche ging es dem Kurator auch „um die Innenperspektive der Handelnden, um einen Blick in die menschliche Seele“, so Streibel in einem Interview mit dem Kremser „Bezirksblatt“. Zur Ausstellungseröffnung kamen unter anderen Stadträtin Eva Hollerer, Jugendgemeinderätin Jasmina Bradaninovic und Bildungsgemeinderat Mag. Klaus Bergmaier, seines Zeichens auch Bezirksvorsitzender der Freiheitskämpfer/innen. ■



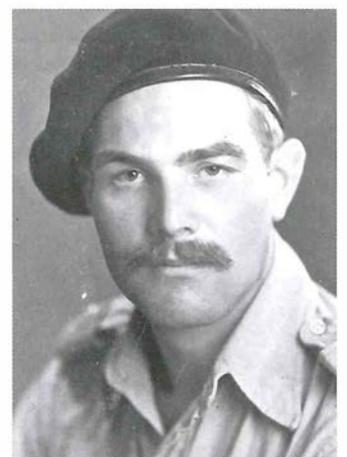
V. l. n. r.: Gemeinderat Klaus Bergmaier, Stadträtin Eva Hollerer und Dr. Robert Streibel

Die Republik neu denken

Diese Republik muss dringend evaluiert und teilweise radikal neu gedacht werden“, forderte Helmut Muigg von den Freiheitskämpfer/innen Tirol anlässlich des 70. Jahrestages der Zweiten Republik. Die österreichische Gesellschaft weise zum Teil extreme Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten auf. „Das schadet der Demokratie und schafft einen gefährlichen Nährboden für Extremisten“, ist sich Muigg sicher. Solidarität, Humanismus

und Menschenrechte dürfen keine Lippenbekenntnisse bleiben, sondern müssen von der erfolgreichen Republik sowohl national als auch international gelebt und vertreten werden. „Das betrifft auch den derzeitigen Umgang mit den Flüchtlingen. Schon Rosa Jochmann forderte von Staat und Gesellschaft: ‚Nicht zusehen, wenn Unrecht geschieht!‘“ Das Erinnern an Austrofaschismus und Nationalsozialismus dürfe nie aufhören, ebenso müsse den

Ermordeten und WiderstandskämpferInnen stets ein würdiges Andenken gewahrt bleiben. Als Beispiel für Menschen im Widerstand nannte Muigg den Tiroler Sozialisten Hubert Mayr: „Dieser Mann hat den Ständestaat bekämpft, in Spanien die Republik verteidigt und im Herbst 1944 in Osttirol eine Widerstandsgruppe aufgebaut. Er hat schon früh an die Wiedererrichtung eines freien und demokratischen Österreichs geglaubt.“ ■



Hubert Mayr als Soldat der britischen Armee

„369 Wochen“: Neuer Gedenkort für NS-Justizopfer in Wien

Bereits im März 2015 wurde das Denkmal der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Anregung dazu kam von den VertreterInnen der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände. Annemarie Hopfgartner war bei der Eröffnung dabei und hat ihre Eindrücke für den „Sozialdemokratischen Kämpfer“ festgehalten.

Es wurde aus Stahl der Voestalpine gefertigt. „369 Wochen“ wird zugleich auch an jene Stelle auf das Haus projiziert, wo einst an über 1.200 Menschen die Todesstrafe vollstreckt wurde. Der Titel der Stele wurde von der NS-Überlebenden Käthe Sasso angeregt

und markiert den Zeitraum der NS-Herrschaft in Wien, die nämlich dauerte 369 Wochen. Dieses Mahnmahl soll als ein Teil der Erinnerungskultur im öffentlichen Raum wahrgenommen werden.

Am 21. April 2015 fand im Rahmen einer Feierstunde die Über-

gabe des Mahnmahls statt. Der Einladung des Präsidenten des Landesgerichts für Strafsachen Wien, Mag. Friedrich Forsthuber, folgten unter anderen Vertreter der Bundesregierung mit Bundeskanzler Werner Faymann, Justizminister Dr. Wolfgang Brandstetter, für die Stadt Wien Dr. Andreas Mailath-Pokorny, die ZeitzeugInnen Käthe Sasso, Dr. Gerhard Kastelic und Dr. Kurt Scholz, der die Feierstunde moderierte. Landesgerichtspräsident Forthuber ist bereits mit Nachstellungen großer Prozesse zur Zeitgeschichte der wechselvollen Aufgabe der österreichischen Justiz nachgegangen.

Im Großen Schwurgerichtssaal des Landesgerichts für Strafsachen Wien erzählten die ZeitzeugInnen in bewegenden Worten von ihren persönlichen Erfahrungen in diesem Haus. Käthe Sasso mahnte die Pflicht zum Widerstand gegen alles Unrecht ein und gedachte der verschiedenen Gruppen des Widerstandes, die hier getötet wurden. Ihr Lebenssinn nach dem Jahr 1945 war, „die Erinnerung an die über 1.200 Menschen, die im Wiener

Landesgericht von 1938 bis 1945 geköpft wurden, hochzuhalten“. Sasso überlebte die Haft im Wiener Landesgericht und später im KZ Ravensbrück nur, weil ihr beim Todesmarsch Richtung KZ Bergen-Belsen im April 1945 die Flucht gelang.

Mailath-Pokorny dankte den ZeitzeugInnen, die in Vorträgen in Schulen immer über die Gewaltherrschaft dieser Unrechtszeit berichten und die unvorstellbaren Mut, Kraft und Glauben besaßen, gegen die Zweifel und Verzweiflung anzukämpfen. Er zollte Respekt und Dankbarkeit für die WiderstandskämpferInnen, die durch ihre mutigen Taten unser Leben in Freiheit möglich machten.

Alle RednerInnen mahnten den sorgsamsten Umgang mit dieser Freiheit ein, forderten aber auch die Sensibilität für die heutige Werterhaltung ein, die Verpflichtung, aus den Erfahrungen zu lernen, bereit den Kampf gegen Hass und Fremdenfeindlichkeit aufzunehmen. Am Ende der Feierstunde legten die BesucherInnen weiße und rote Nelken an der Stele nieder. ■



Das Kunstwerk geht auf einen Entwurf der österreichischen Künstlerin Eva Schlegel zurück

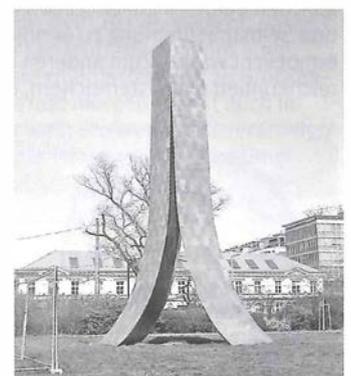
Ein wenig bekanntes Denkmal

Am 27. April legten der Bundespräsident und die Bundesregierung anlässlich des Jubiläums beim sogenannten „Staatsgründungsdenkmal“ einen Kranz nieder. Nur wenige Menschen in Wien und Österreich kennen dieses Denkmal. Die 12 Meter aufragende, silber glänzende Stahlkonstruktion steht im 3. Wiener Gemeindebezirk, im Schweizer Garten. Es handelt sich dabei um den Entwurf des Wiener Bildhauers Heinrich Deutsch,

mit welchem dieser den ersten Preis der Ausführung beim 1964 ausgeschriebenen Wettbewerb für ein Karl-Renner-Denkmal im Rathauspark gewonnen hatte. Das an der Ecke Stadiongasse/Ring geplante Kunstwerk wurde dann jedoch am Tag vor dem Nationalfeiertag, am 25. Oktober 1966, im Schweizer Garten aufgestellt und eröffnet. Am 27. April 1967 wurde der von Alfred Hrdlicka geschaffene Kopf von Karl Renner im Rathauspark enthüllt. Der Entwurf der Gesamt-

anlage kam vom Architekten Josef Krawina.

In der Wiese vor dem Denkmal befinden sich steinerne Schriftpulte mit fünf Artikeln der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945. Wie bei manch anderen Denkmälern fehlt der Hinweis auf den Anlass der Errichtung und die Intention des Monuments, vielleicht ist es auch deshalb nicht im kollektiven Bewusstsein verankert? ■



Nur wenige Menschen kennen das Staatsgründungsdenkmal im Schweizer Garten im 3. Wiener Gemeindebezirk

70 Jahre Kriegsende Nationalsozialismus –

parlament.gv.at

Simonis/Parlament



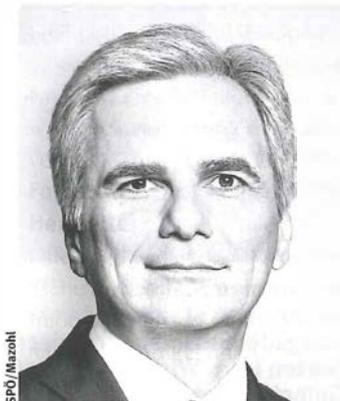
Doris Bures
Präsidentin des Nationalrates

Der Blick in die Vergangenheit schafft eine wichtige Perspektive für unsere Gegenwart und für unsere Zukunft. Nicht nur, dass wir aus vergangenen Fehlern lernen können. Wir haben durch eine gelebte Erinnerungskultur die Chance, gemeinsam für unsere Grundsätze einzutreten, um unsere solidarische Gesellschaft zu stärken. Dafür braucht es vor allem Bewusstseins- und Bildungsarbeit. Es liegt an uns, jenen Auftrag, den Genossin Jochmann festhielt, in die Zukunft zu tragen: die Menschen zum Denken, zum Sehen und zum Hören zu bringen. Nur so schaffen wir es, das Gedenken als Chance und nicht als Selbstzweck zu gestalten.

Werner Faymann
SPÖ-Vorsitzender & Bundeskanzler

70 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges haben wir zum einen die Verpflichtung, den nachkommenden Generationen nicht nur die gleichen Chancen auf ein Leben in Freiheit, Wohlstand und Selbstbestimmung zu ermöglichen – so wie es uns ermöglicht wurde. Zum anderen müssen wir den Österreicherinnen und Österreichern, die keinen Krieg erlebt

haben, auch vermitteln, dass diese Werte nicht selbstverständlich sind und immer wieder neu behauptet werden müssen. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, aber auch politische Organisationen wie die Freiheitskämpfer/innen spielen hier eine ganz besonders wichtige Rolle. Für ihre konsequente und unermüdliche Arbeit gebührt ihnen größter Dank.



SPÖ/Mazohl

„Der Sozialdemokratische Kämpfer“ hat führende sozial- und politischen Erinnerungen, Assoziationen und Haltungen Kriegsende und Neugründung der Republik gefragt und

**Gabriele
Heinisch-Hosek**
SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende,
Bildungs- und Frauenministerin

Die demokratischen Werte, auf denen unser Staat aufgebaut ist, müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und erarbeitet werden. Das zeigt uns die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit klar und deutlich. Wir haben heute das Recht auf freie Meinungsäußerung. Wir haben die Chance, Konflikte mit Worten und mithilfe von Gesetzen zu lösen. Aber das ist nicht selbstverständlich. Demokratie setzt auch Wissen voraus. Darum ist es so wichtig, dass wir jenen aufmerksam zuhören, die die Gräueltaten des Nationalsozialismus überlebt haben und mitgeholfen haben, unsere Republik wiederaufzubauen.



Astrid Knie

Josef Ostermayer
Kanzleramts- und Kulturminister

2015 ist ein besonderes Jahr, weil uns Jubiläen die Gelegenheit geben, uns mit der Geschichte unseres Landes auseinanderzusetzen. Wir hatten oder haben noch die Chance, mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen von damals zu reden, die von den Gräueltaten des Holocaust berichten können. Werte wie Demokratie und Menschenrechte dürfen wir nicht als selbstverständlich erachten. Die nächsten Generationen müssen wir immer wieder auf die unterschiedlichen Aspekte der Geschichte hinweisen und ihnen erklären, warum Demokratie und Frieden jeden Tag aufs Neue behauptet werden müssen.



SPÖ/Zimmer

und Ende des 70 Jahre Zweite Republik

demokratische Persönlichkeiten nach ihren persönlichen Genen zum Gedenkjahr 2015, aber auch zu Antifaschismus, folgende Antworten bekommen.

Michael Häupl Wiener SPÖ-Landesvorsitzender und Bürgermeister

Heuer haben wir das 70-jährige Bestehen der SPÖ in der 2. Republik gefeiert. Und zwar im Roten Salon des Wiener Rathauses. Dort haben die VertreterInnen der „alten“ Sozialdemokratie mit den Revolutionären SozialistInnen beschlossen, wieder einen gemeinsamen Weg zu gehen. Kurze Zeit später wurde auch eine neue Bundesregierung gebildet. Dieser Weg zur Demokratie – aus den Trümmern heraus, die uns die NS-Diktatur hinterließ – war schwierig. Aber die SozialdemokratInnen glaubten an die Zukunft des Landes und haben es aus dem Elend herausgeführt. Damals wie heute kommt es darauf an, Armut zu bekämpfen – denn Not frisst Demokratie.



SPÖ Wien

Peter Kaiser SPÖ-Landesvorsitzender und Landeshauptmann

Die Vergangenheit zu kennen und sich ihr zu stellen, ist die Voraussetzung dafür, für die Zukunft zu lernen und sie friedvoll zu gestalten. Diesem Leitsatz folgend müssen wir dieses Gedenkjahr nutzen, um Bewusstsein dafür zu schaffen, wie unverzichtbar und doch fragil Frieden, Solidarität, Toleranz und Demokratie sind. Gerade angesichts aufkeimender faschistisch-nationalistischer Strömungen ist es unsere Aufgabe – allen voran der Sozialdemokratie – unter Bezugnahme auf die eigene, leidvolle Geschichte daran zu erinnern, wohin es führen kann, wenn es zu Spaltung und Entsolidarisierung kommt.



Gernot Gleiss

Erich Foglar Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Dem Schreckensregime der Nationalsozialisten vorangegangen ist der Austrofaschismus – damit die Ausschaltung des Parlaments und das Verbot der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Das Elend der Zwischenkriegszeit machte erschreckend viele Österreicherinnen und Österreicher empfänglich für die Nazi-Propaganda. Aber es gab auch die Menschen, die sich weiterhin für Solidarität eingesetzt und mit aller Kraft gegen den Faschismus gekämpft haben. Viele – viel zu viele – haben diesen Einsatz mit ihrem Leben bezahlt. Umso wichtiger ist es, jener zu gedenken, die durch ihr Leben und Wirken dazu beitragen und beigetragen haben, dass wir seit 70 Jahren in Freiheit, Demokratie und Wohlstand leben können. Bertolt Brecht hat gesagt: „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ Deshalb verdienen jene, die dieser Pflicht nachgekommen sind, unsere größte Hochachtung, unseren Respekt und das Versprechen, niemals zu vergessen. Denn das Vergessen ist der größte Feind der Freiheit.



Mazohl

Rudi Kaske Präsident der Arbeiterkammer

70 Jahre nach der Kapitulation des nationalsozialistischen Terrorregimes muss das Erinnern an die Geschichte und das Wachhalten mehr denn je im Zentrum unserer Bemühungen stehen: Gerade durch den Verein „Niemals Vergessen“, der ermöglicht, dass junge Menschen in ehemaligen Konzentrationslagern ihren Gedenkdienst leisten, werden sie zu Botschaftern, zu Brückenbauern zwischen damals, heute und morgen. Damit auch in Zukunft die Verbrechen, die auch mit unserem Land verbunden sind, nicht vergessen werden. Das ist unsere Verpflichtung!



AK

Andreas Schieder, SPÖ-Klubobmann

Die Verteidigung von Demokratie und Freiheit steht auch 70 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus auf der politischen Agenda. Erinnern ist keine Pflichtübung, vielmehr sind die Überzeugungen der antifaschistischen KämpferInnen der Vergangenheit Richtschnur für das politische Handeln in Gegenwart und Zukunft. Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen lebt diese Kultur des Erinnerns. Auch das jüngst enthüllte Deserteursdenkmal am Ballhausplatz oder die Gedenktafeln für die zwei antifaschistischen Vorbilder und Parlamentarier Koloman Wallisch und Otto Felix Kanitz beim SPÖ-Parlamentseingang mahnen und warnen zu Recht. Denn auch heute gibt es noch genügend aufzuarbeiten und neue antidemokratische Tendenzen abzuwehren.



SPÖ-Klub/Zimmer



SPÖ

Matthias Stadler Vorsitzender SPÖ Niederösterreich & Bürgermeister von St. Pölten

Der 15. Mai 1955 ist ein ganz großer Tag für Österreich, der zu einer friedlichen Entwicklung in Europa beigetragen hat. Die Unterzeichnung des Staatsvertrages war der lang ersehnte, krönende Abschluss zehnjähriger Bemühungen um die volle Souveränität unseres Landes nach der menschenverachtenden Naziherrschaft. Besonders stolz macht es uns, dass einer der größten Sozialdemokraten Österreichs, Bruno Kreisky, als Staatssekretär des Außenministeriums zentral an den Verhandlungen zum Staatsvertrag mitgewirkt hat. Die Neutralität ist friedensorientiert und ein Bekenntnis zur Demokratie: Menschenrechte und gemeinsame Werte sind nicht selbstverständlich, sie müssen von uns gelebt werden!

Ingo Mayr Vorsitzender SPÖ Tirol



SPÖ Tirol

Das Erinnern an die Gräueltaten des Nationalsozialismus darf nicht in Vergessenheit geraten. Das Wissen um die Schrecken der Vergangenheit fördert die Wachsamkeit in der Gegenwart und erhöht unsere Bereitschaft zu handeln, wann immer wir mit Faschismus, Rassismus oder Antisemitismus konfrontiert werden. Das Wissen um die Vergangenheit ist eine Verpflichtung für uns Demokratinnen und Demokraten, unsere Stimme zu erheben, wann immer wir uns Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit oder Diskriminierung gegenüber sehen.

Reinhold Entholzer Vorsitzender SPÖ Oberösterreich



SPÖ

Es liegt an uns, nicht zuzulassen, dass jemals der Mantel des Schweigens über die Grausamkeiten des Zweiten Weltkriegs ausgebreitet wird. Wir müssen uns mit unserer Geschichte auseinandersetzen, daraus lassen sich die nötigen Schlüsse ziehen, um solche unvorstellbaren Verbrechen an der Menschheit und durch die Menschen künftig zu verhindern. Vor allem sehe ich es als unsere Pflicht an, der Generation unserer Kinder und Enkelkinder die Bedeutung unserer Werte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu vermitteln, damit sie später in einer toleranten Gesellschaft leben können.

Michi Ritsch Vorsitzender SPÖ Vorarlberg



SPÖ Vbg.

Ich wurde 1968 geboren. Damit gehöre ich zu den Glücklichen, die die Gräueltaten des NS-Regimes ausschließlich aus den Geschichtsbüchern kennen. Dass aber der Geist des Faschismus das Trümmerfeld von 1945 überlebt hat, habe ich bald gemerkt. In einer Zeit, in der sich Kurt Waldheim als „vertrauensvoller Österreicher“ feiern ließ und Jörg Haider damit begann, Nazi-diktationen wieder salonfähig zu machen, wurde ich durch meinen inneren Widerwillen dagegen zunehmend politisiert. Und ich begriff: Das einzige Gedenken, das den Opfern des Faschismus gerecht wird, ist die Verpflichtung, jegliche faschistische Ansätze im Keim zu ersticken.

„Steine der Erinnerung“ für

Am 31.3.2015 wurde im Rahmen einer Kundgebung des bei einer Demonstration vor 50 Jahren gegen den Nazi-Professor Taras Borodajkewycz gewaltsam ums Leben gekommenen Antifaschisten Ernst Kirchweger gedacht und ihm „Steine der Erinnerung“ vor dem Hotel Sacher gesetzt.

Gerald Netzl, Vorsitzender der Wiener Freiheitskämpfer/innen, eröffnete die Kundgebung und dankte dem Verein „Steine der Erinnerung“, dass nun 70 Jahre nach dem Ende der Nazidiktatur auch Ernst Kirchweger, dem ersten Opfer rechtsradikaler Gewalt nach 1945, diese Ehre erwiesen wird. Albrecht Konecny, Teilnehmer an der damaligen Demonstration gegen den Nazi-Professor, erklärte

in seiner Rede: „Vergessen wir nicht, worum es damals ging: nicht nur um einen einzelnen Nazi-Professor, sondern um die vielen, die in der Nazizeit eine unheilvolle Rolle gespielt hatten und die nach einer kurzen Schrecksekunde wieder zurückkehrten – an die Lehrkanzeln der Universitäten, an die Schaltzentren der Wirtschaft, an die Gerichte, wo sie dann unverständliche Freisprüche für die wenigen Nazimörder,

die überhaupt angeklagt wurden, fällten.“

Camila Garfias (VSSÖ), Vorsitzende der HochschülerInnen-schaft an der Uni Wien und Enkelin einer chilenischen Genossin, die 1973 vor den Mördern der Pinochet-Diktatur nach Österreich geflohen ist, stellte in ihrer Rede fest, dass die ÖH der Uni Wien mit aller Kraft gegen Rechtsextremismus und Rassismus kämpfe.

Zur Vorgeschichte: Dem bekennenden Nazi Taras Borodajkewycz wurde bereits 1955 der Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule

für Welthandel mit Billigung des damaligen ÖVP-Unterrichtsministers Piffel-Perčević zugeschanzt. Der Nazi-Professor würzte seine Vorlesungen mit antisemitischen und nazis-

Die „Steine der Erinnerung“, die an Ernst Kirchweger erinnern, wurden an etwa jener Stelle angebracht, an der er tödlich verletzt wurde



NS-Dokumentationszentrum München

Am 70. Jahrestag der Befreiung Münchens vom Nationalsozialismus, dem 30. April 2015, wurde am Standort des „Braunen Hauses“, der ehemaligen NSDAP-Parteizentrale, das NS-Dokumentationszentrum München eröffnet. Drei Wochen später hat Gerald Netzl die Institution für den „Sozialdemokratischen Kämpfer“ besucht.

München, im August 1935 von Hitler zur „Hauptstadt der Bewegung“ erklärt, erhielt einen zentralen Lern- und Erinnerungsort, der sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der Stadt und den Ursachen, Ausprägungen und Folgen der Diktatur auseinandersetzt. Zum Angebot gehören eine Dauerausstellung, ein Lernforum mit digitalen Rechercheangeboten, Sonderausstellungen und ein vielfältiges Bildungs- und Veranstaltungsprogramm. Die mehrgeschößige Dauerausstellung umfasst Fotografien, Dokumente und Texte sowie Filmprojektionen und Medienstationen. Inhaltliche Schwerpunkte sind der Aufstieg der NS-Bewegung in München, die besondere Rolle der Stadt im Terrorssystem der Diktatur und der schwierige Umgang mit

der nationalsozialistischen Vergangenheit nach 1945 bis in die Gegenwart. Von außen wirkt der weiße Würfel eher klein, doch wenn man sich im Gebäude befindet, wird dieser Eindruck widerlegt.

„Warum München?“, „Warum eine Beschäftigung mit der NS-Zeit heute?“ Das sind die zentralen Fragen der unbedingt sehenswerten Ausstellung. Dabei wird nicht verschwiegen, dass sich Hitler die Grundlagen seiner „Weltanschauung“ in Wien angeeignet hatte. Den BesucherInnen wird ein sehr guter Audio-/Video-Guide mit Kopfhörern zur Verfügung gestellt. In der Ausstellung wird richtigerweise auf die Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung als wichtigem Aspekt und Voraussetzung für den Machtantritt und -erhalt der

Nazis hingewiesen. Dazu gibt es Zeugnisse des sozialdemokratischen Widerstandes vor und nach 1933 inklusive vieler Biografien. Zur Ehrenrettung Münchens ist festzuhalten, dass die NSDAP in der Stadt bei demokratischen Wahlen nie eine Mehrheit hatte. Rüstung und Zwangsarbeit, NS-„Euthanasie“, Judenverfolgung, „Weiße Rose“, Anpassung breiter Bevölkerungsschichten, Manipulation der Jugend usw. – der gesamte inhaltliche Bogen wird abgearbeitet. Im sogenannten „Parteiviertel“, dessen Zentrum das „Braune Haus“ war, arbeiteten in 68 Gebäuden mehr als 6.000 Menschen für die Partei, ihre diversen Gliederungen und angeschlossenen Verbände.

Im umfangreichen, wertvollen, die ganze Ausstellung abbildenden Katalog schreibt Dir. Winfried Nerdinger, das „NS-Dokumentationszentrum ist kein Museum oder Ausstellungshaus, sondern ein Lern- und Erinnerungsort. (...) Nur auf der Seite der Täter und ihrer Helfer können die Ursachen, Hintergründe, Motive und Strukturen, die zum rassistischen Vernichtungskrieg und zum Holocaust führten, gefunden und aufgezeigt werden.“ Mit nüchterner Sachlichkeit hält er fest, „der Besuch kann auch nicht gegen Rechtsradikalismus und Antisemitismus immunisieren“.

Doch WIR können aus der Geschichte lernen! Die Jahre 1925 bis 1929 werden in der Ausstellung mit „Die unterschätzte Par-

tei“ übertitelt. In der Phase der wirtschaftlichen Stabilisierung Deutschlands fiel die NSDAP bei Wahlen auf das Niveau einer Splitterpartei zurück. Doch Hitler hielt öffentlich an seinem Ziel einer rassistischen Diktatur fest. 1929 begann die kapitalistische Weltwirtschaftskrise, damit auch Massenarbeitslosigkeit – der weitere Verlauf ist bekannt. Heute wissen wir, dass es ein Fehler war, die NSDAP (auch und gerade in ihrer Schwächephase!) nicht entschieden und entscheidend bekämpft zu haben. Die Lehre, die wir Freiheitskämpfer/innen daraus ziehen müssen, ist, niemals in unserem „Wehret den Anfängen!“ gegen den aktuellen Rechtsextremismus nachzulassen!

Für den Besuch sollte man drei bis vier Stunden einplanen. Im Studien- und Leseraum gibt es eine Vielzahl von Büchern, die man einfach nehmen und vor Ort lesen kann, auch wird ein Teil der von Georg P. Salzmann angelegten Sammlung „Bibliothek der verbrannten Bücher“ ausgestellt. ■



Das neu eröffnete NS-Dokumentationszentrum in München wurde als Lern- und Erinnerungsort konzipiert und hat auch eine zukunftsorientierte, historisch-politische Bildungsarbeit zum Ziel

Ernst Kirchweger

tischen Tiraden, die von den RFS-Studenten mit johlendem Beifall quittiert wurden. Für den 31.3.1965 riefen das „Antifaschistische Studentenkomitee“ und die österreichische

Widerstandsbewegung zu einer Anti-Borodajkewycz-Demonstration auf, der tausende AntifaschistInnen folgten. Etwa 2.000 Rechtsradikale, alte und junge Nazis, attackierten die Demo an der Kreuzung Kärntner Straße/Philharmoniker-

straße. Der bereits ältere Demonstrant Ernst Kirchweger, ein kommunistischer Widerstandskämpfer, wollte mit den jungen Rechtsradikalen sprechen und ging auf sie zu. Dabei wurde er vom Mitglied des „Rings Freiheitlicher Jugend“, dem Neonazi Günther Kümel mit einem Faustschlag niedergestreckt und erlitt einen Schädelbasisbruch. Zwei Tage später erlag Kirchweger seiner schweren Verletzung. Der Neonazi Kümel wurde zwei Tage später verhaftet. Er wurde nicht wegen Totschlags, sondern wegen „Notwehrüberschreitung“ zu zehn Monaten Haft verurteilt. ■

SPÖ Wien

WEBTIPP: Vertiefende und sehr interessante weiterführende Informationen bietet der Internetauftritt www.ns-dokumentationszentrum-muenchen.de

Widerstand 1938–1945

2008 erschien die erste, bald vergriffene Auflage von Wolfgang Neugebauers Standardwerk. Nun wurde es vom Autor überarbeitet und um aktuelle Erkenntnisse ergänzt.

Es spannt den Bogen von sozialistischen und kommunistischen Organisationen über den Widerstand aus dem christlichen, konservativen und monarchistischen Lager, über überparteiliche Gruppen wie etwa „O5“, den PartisanInnenkampf der Kärntner SlowenInnen und Widerstand im Militär und in KZ bis hin zu den von unzähligen Einzelpersonen gesetzten Widerstandshandlungen.

In die neue überarbeitete und ergänzte Auflage 2015 sind Forschungsergebnisse seit 2009 eingeflossen: über den systematischen Einsatz von V-Leuten der Gestapo Wien (Hans Schaf-

ranek), über die österreichischen Opfer der NS-Militärjustiz (Walter Manoschek), über die Österreich-Aktivitäten des britischen Kriegsgeheimdienstes SOE (Peter Pirker) und über den PartisanInnenkampf in Kärnten (Marjan Linasi). Nicht zuletzt das 2012 abgeschlossene DÖW-Projekt „Namentliche Erfassung der Opfer politischer Verfolgung in Österreich 1938–1945“ brachte auch neue Ergebnisse zum Widerstand, indem auf alle Namen und Daten, soweit eruiert, für das Buch zurückgegriffen werden konnte.

Neugebauer schreibt im Kapitel „Katholische, konservative und

legitimistische Widerstandsgruppen“ über die „Führerstopanordnung“. Was ist darunter zu verstehen? Hitler verfügte im September 1939, dass gegen Österreich-Separatisten vorerst keine Gerichtsverfahren eingeleitet werden. Vermutlich wollte er nach Kriegsbeginn Ruhe im Inneren haben. Am 22. Juli 1940 fand eine große Verhaftungsaktion statt. Gegen die Angehörigen der drei Freiheitsbewegungen (Gruppen Scholz, Kastelic und Lederer) und andere Katholiken und Legitimisten wurde dann erst nach Aufhebung dieser Anordnung und meist mehr als dreijähriger (!) Untersuchungshaft Anklage erhoben und verhandelt. Zahlreiche Todesurteile waren die Folge ...

In dieses bedeutende Buch ist die lebenslange Expertise des



Wolfgang Neugebauer:
„Der österreichische Widerstand 1938–1945.“
Edition Steinbauer, 2015.
ISBN: 978-3-902494-74-0,
352 Seiten, € 25,00.

Autors und Genossen Wolfgang Neugebauer eingeflossen, es darf in keinem Freiheitskämpfer/innen-Haushalt fehlen! ■

„Der Tatort Mauthausen – Eine Spurensuche“

Der bilderreiche, repräsentative Katalog bildet die im Mai 2013 in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen eröffnete gleichnamige Dauerausstellung im Untergeschoß des Reviergebäudes ab.

Mindestens 90.000 Menschen wurden von 1938 bis 1945 in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern Mauthausen, Gusen und den anderen Außenlagern umgebracht. Das heutige Wissen über diese Verbrechen ist das Ergebnis einer aufwendigen Spurensuche, denn das Aussehen der ehemaligen Tatorte hat

sich meist stark verändert. Manche von ihnen sind zu zentralen Orten des Gedenkens an die Opfer geworden.

Die NS-Verbrechen werden im Katalog detailliert und bilderreich dokumentiert – an der Lagergrenze, im Steinbruch, in der Gaskammer und an den Stätten alltäglicher Gewalt. Er ergänzt den Katalog „Das Konzentrationslager Mauthausen 1938–1945“ (vgl. „Der Sozialdemokratische Kämpfer“ Nr. 2/2014, S. 10). Sehr informativ sind die Hintergrundartikel zu Architektur und Bauarchäologie. ■

„Der Tatort Mauthausen/The Crime Scenes of Mauthausen. Eine Spurensuche/Searching for Traces.“ New Academic Press, 2014.
ISBN: 978-3-7003-1899-6,
172 Seiten, € 24,50.

„Zahlen als Zeugen“

Die Nazi-Konzentrationslager und ihre sogenannten „Häftlingsgesellschaften“ stellen die soziologische Forschung vor eine permanente Herausforderung: Kann ein derartiger Ausnahmezustand mit den „herkömmlichen“ Konzepten und Methoden der Soziologie erfasst werden? Mit dem vorliegenden Band leistet Andreas Kranebitter einen wichtigen Beitrag zu diesen Debatten. Ausgehend von fundierten statistischen Analysen der Daten zu über 166.000 namentlich bekannten Häftlingen des KZ Mauthausen, legt die

Untersuchung Muster hinter Phänomenen wie der „täglichen Sterblichkeit“ frei und lässt tradierte Bilder von Häftlingsgruppen wie etwa den „Kriminellen“ in einem neuen Licht erscheinen. Die Ergebnisse und Interpretationen der statistischen Berechnungen führen zu aufschlussreichen Aussagen über die Konstituierung der „sozialen Ordnung“ der Häftlingsgesellschaft. Das Buch für sich genommen ist schon sehr lesenswert, wobei das umfangreiche Literaturverzeichnis zum noch tieferen Eintauchen in die Materie einlädt. ■

Andreas Kranebitter: „Zahlen als Zeugen. Soziologische Analysen zur Häftlingsgesellschaft des KZ Mauthausen.“ Reihe: Mauthausen-Studien, Band 9. New Academic Press, 2015.
ISBN: 978-3-7003-1905-4,
280 Seiten, € 24,90.



April in Stein

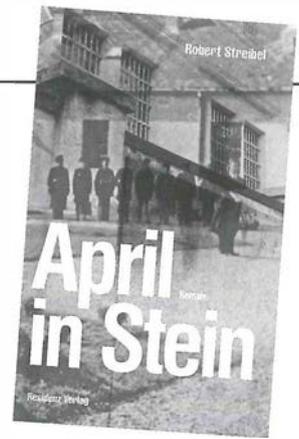
Robert Streibels erster Roman handelt vom (Über-) Leben im Zuchthaus, von Zwangsarbeit und politischem Widerstand, vor allem aber erstmals vom Massenmord in Krems.

Die letzten Monate vor der endgültigen Niederlage der deutschen Armee und dem Ende des Terror-Regimes der Hitlerfaschisten waren gekennzeichnet von blindwütiger Mordlust und Rache der Nazis. In den Gefängnissen und Konzentrationslagern wurden Häftlinge erschossen, hunderttausende Juden in Todesmärsche getrieben, Wehrmachtsdeserteure gehängt und Volkssturmmänner und selbst Hitlerjungen in aussichtslosen Abwehrkämpfen geopfert.

Am 6. und 7. April 1945, unmittelbar vor Kriegsende, wurden mehr als 200 – meist politische –

Häftlinge des Zuchthauses Krems-Stein von Angehörigen der SS und SA, der Wehrmacht und des Volkssturms ermordet. Die Anstaltsleitung hatte am 6. April aufgrund einer Weisung „von oben“ die Tore des Gefängnisses geöffnet und die Häftlinge entlassen. Unmittelbar danach, einige Häftlinge befanden sich noch in der Anstalt, andere suchten bereits das Weite, eröffneten rasch zusammengetrommelte SS- und Wehrmachtsteile das Feuer auf die Entlassenen, jagten und töteten sie mithilfe der lokalen Bevölkerung in der Stadt und in der Umgebung. Das Massaker überlebten nur ganz wenige der Häftlinge.

Die bestialische Mordaktion hat der Historiker Robert Streibel zum Anlass genommen, in seinem kürzlich erschienenen Buch die Ereignisse vom 6. und 7. April 1945 nachzuzeichnen, den Opfern und den Tätern Gesichter mit geänderten Namen zu verleihen und die ermordeten Widerstandskämpfer, vor allem die griechischen „Antartes“ und die kommunistischen Häftlinge aus Krems, dem Vergessen zu entreißen. Die Gründe ihrer Haft sind ebenso unterschiedlich wie ihr Glauben, schreibt Robert Streibel in seinem Buch, für das er an die 300 Interviews mit Zeitzeugen geführt hat: „Alois glaubt an Stalin, der Bibelforscher an den Heerführer Jesus und Dimitri an Aris, den Partisanenanführer.“ Streibels erschütternder Tatsachenroman zählt zu den eindrucksvollsten



Robert Streibel: „April in Stein.“ Residenz Verlag, 2015. ISBN 978-3-7017-1649-4, 260 Seiten, € 22,90.

zeitgeschichtlichen Werken der Gegenwart.

Robert Streibel wurde 1959 in Krems an der Donau geboren. Er studierte Geschichte, unter anderem in Wien. Seit 1999 wirkt er als Direktor der Volkshochschule Hietzing. Als Historiker hat er zahlreiche Forschungsprojekte zu Nationalsozialismus, Judentum, Exil sowie zahlreiche Gedenkaktionen zu Vertreibung und Widerstand im NS-Staat durchgeführt. ■

Bürokratie und Beletage

Saxa loquuntur – Steine sprechen. Robert Streibel bringt in seinem Buch das Haus Weihburggasse 30 zum Erzählen. Und zwar nicht nur die Geschichte eines Gebäudes, seiner Bauherren, seiner Architekten und seiner Bewohner, sondern über die gesamte Unbegreiflichkeit und Ungeheuerlichkeit des 19. und 20. Jahrhunderts.

150 Jahre Ringstraße als Anlass, einen Blick auf die jüdische Geschichte der Prachtstraße zu werfen. Etwa ein Viertel der Bauten wurde entweder von jüdischen Architekten erbaut oder die Auftraggeber und Bewohner waren Juden. Doch wie viel Geschichte verbirgt sich in einem Haus?

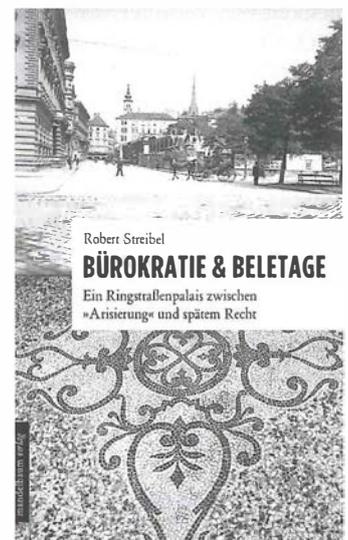
Das Ringstraßenpalais der zweiten Reihe wurde – symbolhaft für die „Gründerzeit“ – vom böhmischen Industriellen Schwab erbaut; er verkauft es an den Kaufmann und Industriellen Liebig, der es wieder an die Familie des Lederfabrikanten Schnabel über-

trägt. Streibel macht die Räume lebendig: Schwab dürfte einen Tempel für Freimaurer eingerichtet haben – das Verbot hat die Spuren verwischt – und Schnabels gastliches Haus für Kunst und Kultur war legendär.

Die „Arisierung“ 1938 setzte dem ein jähes Ende: Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bezog das Haus. Zuvor hatten honorige Anwälte und zwielichtige Ariseure das gesamte Interieur penibel aufgelistet und so gründlich geplündert, dass nicht ein einziges Stück der wertvollen Möbel und der Kunstsammlung erhalten ist.

Das Verfahren der Rückstellung zog sich bis 1957 und wurde mit einem Vergleich abgeschlossen – natürlich mit einem Pappenstiel für die Familie Schnabel. Gut für die Arbeitsmarktverwaltung der Republik: Bis 2000 nutzte sie das Haus als Sitz des Landesarbeitsamtes Wien; ihr gescheiterter Verkaufsversuch unmittelbar davor dürfte wohl der letzte unrühmliche Akt gewesen sein.

2003 setzte die Republik der schändlichen Geschichte ein Ende: Das Haus wurde in natura restituiert – möge es als Beispiel dienen! Auch die gelungene liebevolle Restaurierung durch den jetzigen Besitzer verdient Anerkennung. Unser Dank gilt jedoch vor allem Robert Streibel: Trotz der Unfassbarkeit der Geschichte ist es eine Freude, seine Erzählkunst und sein wissenschaftliches Niveau als Historiker zu genießen! ■



Robert Streibel: „Bürokratie & Beletage. Ein Ringstraßenpalais zwischen ›Arisierung‹ und spätem Recht.“ Mandelbaum Verlag, Wien, 2015. ISBN: 978-3-85476-464-9, 192 Seiten, € 19,90.

Die Arbeitsgemeinschaft der NS-Opfer-Verbände

Unser neues Redaktionsmitglied Claus Michl-Atzmüller befasst sich in seinem Beitrag mit der Geschichte der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände.

Am 13. Juli 1945 wurde als Zusammenschluss einer Reihe von Organisationen der NS-Opfer, wie etwa dem KZ-Verband und dem Verband der Abstammungsverfolgten, mit der Aufgabe der Interessenvertretung der Opfer des Nationalsozialismus – ungeachtet deren Partei- oder Religionszugehörigkeit – der „Bundesverband ehemaliger politisch verfolgter Antifaschisten – KZ-Verband“ gegründet. Das am 3. Juli 1947 beschlossene sogenannte „Privilegierungsgesetz“ billigte dem Bundesverband weitreichende Kompetenzen und Mitsprache bei Ausarbeitung und Vollzug der zugunsten der NS-Opfer verabschiedeten Gesetze; vor allem im Opferfürsorgegesetz, aber auch im Hinblick auf Rückstellungsgesetze. Das Gesetz sah die strikte Überparteilichkeit vor. Vertreter von ÖVP, SPÖ, KPÖ und der IKG stellten die Vorstände auf Bundes- und Landesebene.

In den ersten Nachkriegsjahren dominierte die Erinnerung an den Widerstand, unter anderem an die Freiheitskämpfer/innen. Bei den SozialdemokratInnen inkludierte dies auch Gedenkstätten für den Februar 1934, bei den Christlichsozialen die Erinnerung an Bundeskanzler Engelbert Dollfuß.

Die drei Gründungsparteien der Zweiten Republik, ÖVP, SPÖ und KPÖ, würdigten in Denkmalinitiativen, Gedenkfeiern und Erklärungen den Freiheitskampf als Grundlage des unabhängigen, demokratischen Österreich. Doch nur kurze Zeit herrschte Konsens in der Beurteilung der NS-Vergangenheit. Denn seitens der Volkspartei wurde signalisiert, dass nicht die Ehrung des Freiheitskampfes, sondern das Gefallenengedenken in den Vordergrund ihrer Gedächtnispolitik getreten war. Der Kameradschaftsbund, der seine Tätigkeit in das Gedenken der gefallenen Wehrmachtssoldaten stellte, wurde gegründet.

Die geforderte Zusammenarbeit funktionierte also in den Jahren des Kalten Kriegs nicht lange. Im März 1948 traten SPÖ und ÖVP aufgrund von Auseinandersetzungen mit der KPÖ aus den Gremien aus und schufen damit die Grundlage für die Auflösung des Verbands am 8. März 1948. Die Parteien gründeten eigene Nachfolgeorganisationen: die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten (nicht mit dem Kameradschaftsbund zu verwechseln!), den Bund Sozialistischer (Sozialdemokratischer) Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sowie



VertreterInnen der ARGE bei der heurigen Befreiungsfeier in Mauthausen

den offiziell überparteilichen, aber über längere Zeit der KPÖ nahestehenden Bundesverband österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband).

1968 gründeten diese gemeinsam die „Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer“. Die genannten Opferverbände entsenden ihre VertreterInnen in die beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales eingerichtete Opferfürsorgekommission, in der Fragen und Entscheidungen nach dem Opferfürsorgegesetz behandelt werden. Den Verbänden kommt des Weiteren Mitsprache bei der Gesetzgebung zugunsten der NS-Opfer zu. Heute heißt diese Arbeitsgemeinschaft wie folgt: Arbeitsgemeinschaft der NS-Opfer-Verbände und WiderstandskämpferInnen Österreichs, oder ganz kurz: ARGE Opferverbände.

Zahlreiche Aktivitäten machen diese ARGE aus, unter anderem: 70 Jahre Befreiung – Gedenkmarsch für die letzten Opfer des NS-Regimes. Dieser Marsch fand am 13. April 2015 statt. Gemeinsam erinnerte die Arbeitsgemeinschaft der NS-Opfer-Verbände auch an den März 1938. Die Arbeitsgemeinschaft der NS-Opfer-Verbände gedachte des 75. Jahrestages der von innen und außen betriebenen nationalsozialistischen Machtübernahme 1938. Wenngleich die Fehler der damaligen Bundesregierung sowie die Haltung von Teilen der österreichischen Bevölkerung zur Katastrophe mit beitrugen, waren die Brutalität und der Terror der Nazis grenzenlos.

Diese beiden Beispiele zeigen, dass die ARGE eine hervorragende Einrichtung ist. Der soziale und demografische Wandel bedeutet, dass es bald keine ZeitzeugInnen mehr geben wird. Umso bedeutender ist die Tatsache, dass diese Organisationen auch zukünftig ihre Anliegen weiterverfolgen.

Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen möchten die gute Zusammenarbeit in der ARGE ausdrücklich betonen und ihren Beitrag leisten, dass diese noch lange besteht. ■

Mitglieder der ARGE

Die Arbeitsgemeinschaft der NS-Opfer-Verbände und WiderstandskämpferInnen Österreichs besteht aus folgenden Organisationen:

- Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en; www.freiheitsskaempfer.at/
- Bundesverband österreichischer Antifaschis-

tinnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus (KZ-Verband/VdA); Vorsitz: Dr. Winfried Garscha; www.kz-verband.at/

- ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich; Vorsitzender: KR Dr. Gerhard Kastelic; www.oevp-kameradschaft.at/

20 Jahre Nationalfonds der Republik Österreich

Der Nationalfonds wurde 1995 beim Nationalrat eingerichtet, um die besondere Verantwortung der Republik Österreich gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus zum Ausdruck zu bringen.

Die Waldheim-Debatte brachte in Österreich erste Erschütterungen der jahrzehntelang geltenden Opferthese. Ein Paradigmenwechsel in der österreichischen Geschichtswissenschaft folgte. Zudem war ein sensiblerer Umgang von Politik und Medien mit Österreichs NS-Vergangenheit erkenn- und spürbar. Der damalige Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzende, Franz Vranitzky, betonte in zwei aufsehenerregenden Ansprachen, am 8. Juli 1991 im österreichischen Parlament sowie am 9. Juni 1993 an der Hebrew University in Jerusalem, die Mitschuld Österreichs an den Gräueln und Verbrechen des NS-Regimes. Diese „moralis-

sche“ Mitverantwortung schlug sich materiell 1995 in der Gründung des Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus nieder.

Konkret wurde am 1. 6. 1995 das Gesetz über den Nationalfonds im Nationalrat diskutiert und rückwirkend per 27. 4. 1995 beschlossen. Anspruchsberechtigt sind Personen, die aus politischen Gründen, aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung, aufgrund einer körperlichen oder geistigen Behinderung oder aufgrund des Vorwurfs der sogenannten „Asozialität“ verfolgt, Personen, die auf andere Weise Opfer typisch nationalsozialis-

tischen Unrechts wurden, und schließlich Personen, die das Land verließen, um einer solchen zu entgehen.

Der Nationalfonds leistet eine symbolische Zahlung – sogenannte „Gestezahlung“ – über 5.087,10 Euro an Anspruchsberechtigte als Anerkennung für erlittenes NS-Unrecht. Bis August 2013 wurden Zahlungen an rund 29.255 Personen (aus ca. 70 Ländern) getätigt. 2001 wurde – auf Basis des Washingtoner Abkommens – der Nationalfonds mit der Entschädigung für entzogene Mietrechte, Hausrat und persönliche Wertgegenstände betraut, wodurch das Gesetz über den Nationalfonds novelliert wurde. Dem Nationalfonds ist es zudem möglich, Projekte zu unterstützen, die Opfern des Nationalsozialismus zugutekommen, der

wissenschaftlichen Erforschung des Nationalsozialismus und des Schicksals seiner Opfer dienen, an das nationalsozialistische Unrecht erinnern oder das Andenken an die Opfer wahren. Auf Basis des Washingtoner Abkommens wurde 2001 der All-gemeine Entschädigungsfonds und schließlich 2010 der Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich errichtet. Diese Friedhöfe stellen besondere Erinnerungsorte dar.

Trotz mancher Kritik überwiegen heute die positiven Beurteilungen des Nationalfonds. Er arbeitet rasch und unbürokratisch, begegnet den Antragstellern mit Respekt und Freundlichkeit und steht neuesten Entwicklungen offen gegenüber. „Der Sozialdemokratische Kämpfer“ kann sich diesem Urteil anschließen. ■

Das Simmeringer KZ-Nebenlager Saurer-Werke

Im Sommer 1944 wurden Häftlinge des KZ Mauthausen nach Wien überstellt, um Nebenlager aufzubauen.

Mauthausen stellte das größte KZ auf österreichischem Boden dar. Die SS-Firma „Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH“ erwarb oder pachtete im April 1938 von der Stadt Wien Steinbrüche, die sich in ihrem Besitz befanden.

Trotz der Verschleppung und anschließenden Zwangsarbeit von ausländischen Arbeitskräften sowie des schonungslosen Einsatzes von Kriegsgefangenen für die auf Hochtouren laufende Nazi-Kriegsindustrie herrschte im Sommer 1944 auch weiterhin Arbeitskräftemangel. Daher ersuchte der NS-Bürgermeister von Wien, SS-Brigadeführer Hanns Blaschke, im Juni 1944 den Chef des Sicherheitsdienstes der SS, Ernst Kaltenbrunner, um die Bereitstellung von Zwangs-

arbeitern (speziell ungarische Juden) für „kriegswichtige“ Betriebe. Im Zuge dieser Aktion wurden auch in Wien mehrere Internierungslager errichtet.

So entstand in Simmering das „Lager Saurer-Werke“, auch „Lager Wien-West“ genannt, des KZ Mauthausen. Als offizieller Gründungstag kann der 20. August 1944 angesehen werden. Natürlich versuchte die illegale Häftlingsorganisation, den Zwangsarbeitern so gut es ging beizustehen und ihr Dasein erträglicher zu machen. Der Lagerälteste Franz Kalteis war zwar kein Teil des Lagerkomitees, konnte aber dennoch Einfluss nehmen.

Als die Befreiung Wiens Ende März 1945 durch die Russen

immer hörbarer wurde, rang Kalteis mit dem Lagerkommandanten, SS-Hauptsturmführer Johann Gärtner, um das Leben von rund 190 kranken Häftlingen, die gemäß einer zentralen Weisung des Mauthausener Lagerkommandanten vor der Evakuierung der Außenlager zu ermorden seien. Tatsächlich wurden diese Menschen nicht ermordet, sondern im Lager zurückgelassen.

Am 2. April 1945 mussten rund 1.276 Häftlinge des Nebenla-

gers den Fußmarsch nach Steyr antreten. Unfassbare Zustände begleiteten diesen Marsch, die bezeichnend waren für viele Todesmärsche am Ende des Krieges. Wer einen Fluchtversuch startete, physisch oder psychisch nicht mehr konnte oder zu langsam marschierte, wurde erschossen. Am 23. April 1945 wurden 1.076 Häftlinge des Nebenlagers Saurer in das Nebenlager Steyr-Münichholz überstellt. Bereits am 13. April 1945 befreiten die Rotarmisten Wien vom NS-Regime. ■



KZ-Nebenlager „Saurer-Werke“ oder „Wien-West“: Enthüllung des Mahnmals durch Stadtrat Johann Hatzl, des damaligen SPÖ-Vorsitzenden Simmerings, im Jahr 1981

StB Hatzl/Bestand

Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik

Unter dem Dach der „Agenda Asyl“ setzt sich heute eine breite Allianz aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter die Volkshilfe, für eine menschlichere Flüchtlingspolitik ein.

Man denke an die aktuelle Situation, als Beispiele seien nur die unwürdigen Zeltstädte oder die FPÖ-Aktion bei der Ankunft im Asylquartier in der Erdberger Straße in Wien-Landstraße genannt. Bei dieser Aktion haben FPÖ-Anhänger Familien mit Kleinkindern Schilder mit der Aufschrift „Nein zum Asylantenheim“ vor das Gesicht gehalten. Das alles zeigt: Es ist hoch an der Zeit, Widerstand zu leisten!

Aus diesem Grund fordern die InitiatorInnen und über 32.000 Menschen, darunter 270 Per-

sönlichkeiten aus vielen Bereichen der Zivilgesellschaft, die die Petition für eine menschliche Flüchtlingspolitik unterschrieben haben:

Es ist unmenschlich, dass in Österreich, einem der reichsten Länder der Welt,

- gut integrierte Personen oder Familien abgeschoben oder durch die Abschiebung einzelner Mitglieder auseinandergerissen werden,

- arbeitsfähige und arbeitswillige Asylsuchende nicht regulär arbeiten dürfen und keinen effektiven Zugang zu Bildung bzw. Ausbildung haben,

- Asylsuchende nur eine mangelhafte Grundversorgung erhalten und teilweise unter unwürdigen Bedingungen leben müssen,

- Asylsuchende in den immer komplexer werdenden Verfahren nur unzureichend rechtlich unterstützt werden.

- Es ist zudem nicht akzeptabel, dass Flüchtlinge innerhalb der EU hin- und hergeschoben werden, unter teils menschenrechtswidrigen und ihre Gesundheit gefährdenden Bedingungen leben müssen und dass die EU-Staaten eine solidarische Flüchtlingspolitik verweigern.

Gefordert wird unter anderem die Sicherstellung, dass gut integrierte Personen nicht abgeschoben, Familien nicht zerrissen und humanitäre Umstände

berücksichtigt werden. Sowie ein effektiver Zugang zum Arbeitsmarkt nach längstens sechs Monaten und ungehinderter Zugang zu Schul- und Weiterbildung für Asylsuchende. Und eine an menschlichen Bedürfnissen orientierte Grundversorgung. Europa braucht ein solidarisches System der Flüchtlingsaufnahme.

Ein Auszug aus dem Statement von Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek: „Es ist für mich unerträglich, dass Menschen, die bei uns Schutz gesucht haben, wie Müll entsorgt, in ländliche Einöden gekippt, uns buchstäblich aus den Augen geschafft werden ... Sorgen macht sich hier kaum einer um sie. Vielleicht ist das ein Grund, sich langsam um uns selbst Sorgen zu machen?“ ■

Bundeskanzler Faymann empfing KZ-Überlebende

70 Jahre Kriegsende: Bundeskanzler Werner Faymann empfing die WiderstandskämpferInnen und ZeitzeugInnen Käthe Sasso, Marko Feingold und Rudolf Gelbard im Bundeskanzleramt und bedankte sich dafür, dass sie „nicht müde werden, auf eine dunkle Epoche aufmerksam zu machen“.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges hat nicht nur das Ende der Kampfhandlungen bedeutet, sondern auch die Befreiung von der NS-Diktatur und ihrer menschenunwürdigen Ideologie, deren ganze Brutalität und Unmenschlichkeit Marko Feingold, Käthe Sasso und Rudolf Gelbard miterlebt haben und bezeugen können. Anlässlich des 8. Mai, des Internationalen Gedenktags an die Beendigung des Zweiten Weltkrieges und die Befreiung vom Nationalsozialismus vor 70 Jahren in Europa, lud Bundeskanzler Faymann stellvertretend für alle Opfer Feingold, Sasso und Gelbard ins Bundeskanzleramt.

„In einem Land, in dem zu wenig darüber geredet wurde“, sei das beste Motto, niemals zu vergessen, betonte Faymann.

Die Überlebenden von NS-Konzentrationslagern Sasso,

Feingold und Gelbard berichten auch heute noch jüngeren Generationen von den Verbrechen der Nationalsozialisten, etwa in Schulen und bei verschiedenen Veranstaltungen. Für diese „beschwerliche“ Arbeit zollte der Kanzler seinen drei Gästen Respekt und betonte: „Viele Fragen nach dem Warum können wir auch nach 70 Jahren – an Gedenktagen wie diesen – immer noch nicht beantworten. Gerade hier helfen sie der heutigen Generation als Zeitzeugen.“ Rassismus, Vorurteile und Hass seien noch nicht ausgestorben, sagte der Kanzler. „Für

Antifaschismus, Toleranz und einen respektvollen Umgang in der Gesellschaft muss man sich jeden Tag einsetzen, und nicht nur an Gedenktagen.“

„Wir werden oft gefragt, warum wir uns auch noch 70 Jahre danach mit diesen schrecklichen Ereignissen beschäftigen“, sagte Gelbard und gab gleich eine Antwort darauf. So seien seit der Wiedervereinigung 182 Menschen in Deutschland durch rechtsextreme Gewalt gestorben. Man dürfe die Gefahr weder unter- noch überschätzen, es bedürfe einer realistischen Einschätzung, mahnte Gelbard. Das „Fest der Freude“, das am 8. Mai auf dem Heldenplatz begangen wurde, ist für Gelbard laut eigener Aussage eine Genugtuung: „Wir haben doch nie erwartet, dass wir überleben.“ Und auch Sasso sprach im Kanzleramt von „Freudentagen“. ■



Bundeskanzler Faymann im Bild mit Käthe Sasso (M. r.), Marko Feingold (M. l.) und Rudolf Gelbard (l.)

Erstmalige Verleihung des Hans Maršálek-Preises

Beim Festakt im Bundeskanzleramt wurden besonders herausragende Projekte rund um Erinnerungs- und Gedenkarbeit an die Gräueltaten des Nationalsozialismus prämiert.

Anlässlich des 100. Geburtstags von Hans Maršálek, Widerstandskämpfer und Gründer des Museums und des Archivs der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, stifteten das Mauthausen Komitee und die Österreichische Lagergemeinschaft Mauthausen im Jahr 2014 erstmalig den Hans-Maršálek-Preis für herausragende Leistungen im Bereich der Gedenk-, Erinnerungs- und Bewusstseinsarbeit. Am 15. Juni wurden die ersten Siegerprojekte ausgezeichnet.

Aus einer Vielzahl an Einreichungen wurden von einer neunköpfigen Jury folgende Projekte ausgewählt: Den ersten Platz errang das Projekt „Stollen der Erinnerung“, das in einem ehemaligen Luftschutzbunker die Geschichte Steyrs zur Zeit des Nationalsozialismus thematisiert. Auf dem zweiten Platz landete „Aus dem Gedächtnis in die Erinnerung. Die Opfer des Nationalsozialismus im Oberen Drautal“,

Platz drei belegte die „Neugestaltung des Museums am Persmanhof“ in Bad Eisenkappel, das die Geschichte und den Widerstand der Kärntner Slowenen während der NS-Zeit zeigt. Den Würdigungspreis erhielt „Eine Schule in Mauthausen ... Das Leben geht weiter“: Die Neue Mittelschule begleitet seit 30 Jahren die Befreiungsfeiern in Mauthausen.

Neben Bundeskanzler Faymann würdigten auch Willi Mernyi, der Vorsitzende des Mauthausen Komitees Österreich, Andreas Baumgartner, der Generalsekretär des Comité International de Mauthausen, Helmut Edelmayr, Gründungsmitglied des Mauthausen Komitees und Juryvorsitzender, Altbischof Maximilian Aichern sowie Laura Schoch, Vorstandsmitglied der Bundesjugendvertretung, die Preisträgerinnen und Preisträger.

„Wir haben in letzter Zeit viele Gedenktage begangen und doch

stellen sich derzeit viele Widersprüche in der gesellschaftlichen Diskussion ein. Denn einige Rahmenbedingungen begünstigen das Erstarken von Gruppierungen, die einfache Antworten liefern: Schuld an Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise sind Ausländer, Flüchtlinge und andere Gruppierungen“, machte Faymann in seiner Rede klar.

Mernyi strich hervor, dass Hans Maršálek in seinem Engagement und Wirken stets ein Vorbild war und ist: „Hans Maršálek hat maßgeblich zur Aufarbeitung der

Geschichte des KZ Mauthausen sowie zum Aufbau der KZ-Gedenkstätte Mauthausen beigetragen. Ganz speziell jetzt und bei den derzeitigen Entwicklungen werden wir sein Vermächtnis und Engagement weiterführen und noch mehr für Demokratie und gegen jede Form von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Diskriminierung auftreten.“

Die Gedenkstunde wurde von Gergely Sugar, Orsolya Korcsolan und Christine David musikalisch begleitet. ■



Am 15. Juni 2015 nahm Bundeskanzler Werner Faymann an der Verleihung des Hans Maršálek-Preises des Mauthausen Komitees und der Lagergemeinschaft Mauthausen teil

Demo gegen Identitäre

Nach einem Demonstrationzug und mehreren antifaschistischen Kundgebungen wurde der Aufmarsch der Identitären am 6. Juni durch Favoriten (!) an mehreren Stellen blockiert und konnte nur erheblich verzögert und durch Tretgitter und behelmte Polizei komplett isoliert stattfinden. Besonders bemerkenswert dabei war die Solidarität der AnrainerInnen mit der antifaschistischen Demonstration, die sich in Form zustimmender Zurufe und kleiner Transparente äußerte. Dieser Erfolg wird jedoch durch einen Angriff der Identitären

auf AntifaschistInnen getrübt, bei dem mehrere Personen, darunter auch ein Journalist, verletzt wurden. In der einzigen Situation, in welcher die Identitären nicht von der Polizei eskortiert und beobachtet wurden, griffen sie, mit Stangen bewaffnet, eine kleine Gruppe AntifaschistInnen an. Einer Person, die bereits zu Boden gegangen war, wurde wiederholt gegen den Kopf getreten. Sie musste mit dem Krankenwagen abtransportiert werden, konnte aber glücklicherweise mittlerweile wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden. ■

Neue Rechtsaußen-Fraktion

Gut ein Jahr nach den EU-Wahlen hat sich am Dienstag im Europäischen Parlament eine Rechtsaußen-Fraktion unter dem Namen „Europa der Nationen“ gebildet. An der Spitze steht Marine Le Pen von dem französischen Front National. Neben der FPÖ sind auch Abgeordnete aus Italien, Polen, den Niederlanden, Belgien und Großbritannien vertreten. „Statt sieben gibt es damit künftig acht Fraktionen im Europäischen Parlament. Den ENF-Parteien geht es als gemeinsames Ziel nicht darum, die soziale Marktwirtschaft in Europa zu stärken. Ziel ist

vielmehr, die guten sozialen Errungenschaften für die Bürgerinnen und Bürger in Europa zu zerstören“, kritisierte die geschäftsführende SPÖ-EU-Delegationsleiterin Evelyn Regner. Hauptmotiv dürften in erster Linie wohl finanzielle Interessen gewesen sein. Im Mai 2014 hatte der Front National kurz nach den Europawahlen bereits versucht, mit anderen rechtsextremen EU-Abgeordneten eine Fraktion zu bilden. Dies misslang, da sich nicht wie vorgeschrieben 25 Abgeordnete aus mindestens sieben EU-Ländern zusammenfanden. ■



Mailadressen & Abzeichen

Liebe Genossinnen und Genossen, wir bitten euch, **dem Bundesbüro eure aktuellen Mailadressen zukommen zu lassen**, damit wir euch auch zwischen den Ausgaben des „Sozialdemokratischen Kämpfers“ über Aktivitäten und aktuelle Themen auf dem Laufenden halten können (Mail an kaempfer@spoe.at oder ingrid.antes@spoe.at). Es besteht weiters die Möglichkeit, über das Bundesbüro der Freiheitskämpfer/innen das **3-Pfeile-Abzeichen der Freiheitskämpfer/innen** zu beziehen.

Ein Stück kostet **zwei Euro**. Herbert Exenberger schrieb im „Sozialdemokratischen Kämpfer“ 1993 (Nr. 3/4) über die Drei Pfeile: „Selbst in der tiefsten Illegalität, unter den Verfolgungen des Faschismus zierten die Drei Pfeile immer wieder Flugschriften der Revolutionären Sozialisten Österreichs oder waren auf Hausmauern zu finden. Als endlich der Barbarei 1945 ein Ende gesetzt wurde, war es neuerlich das erprobte Kampfabzeichen, das voll Stolz und Zukunftsglauben getragen wurde.“

Über das Gedicht von Kurt Mezei

Dieses Gedicht wurde von Kurt Mezei, einem jungen Juden, verfasst, der die Nazizeit in Wien unter den widrigsten Umständen durchlebte.

Er sollte, gemeinsam mit seiner Zwillingsschwester Ilse, als 14-Jähriger mit einem Kindertransport nach England gehen. Das wurde von den Behörden verwehrt, da die väterliche Zustimmung fehlte. Der Vater, Morus Mezei, war nach Italien geflüchtet und wurde nach Auschwitz ausgeliefert, wo er im Jahre 1944 umgekommen ist. Ilse starb bei einem der letzten Fliegerangriffe auf Wien. Kurt wurde in den letzten Kriegstagen, als die Sowjet-Truppen nur noch 500 m entfernt waren, von marodierenden

SS-Männern aus dem Keller des Hauses, wo er und andere sich verborgen hatten, hervorgeholt und gemeinsam mit acht anderen Juden vor diesem Haus, Förstergasse 7 im 2. Bezirk, am Rande eines Bombentrichters umgebracht.

Dieses Gedicht hat Kurt unter dem Eindruck der Deportierten, auf dem Wege zum Aspangbahnhof, im Winter 1941/42 geschrieben.

Die Mutter, Grete Mezei, und die Großmutter, Frau Neufeld, waren die einzigen der Familie, die die Nazizeit überlebten. Frau Mezei hat das Gedicht einem ehemaligen Schulkollegen, der sie nach dem Krieg noch in Wien besuchen konnte, übergeben.

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Klaus Bergmaier, Annemarie Hopfgartner, Edith Krisch, Ali Kohlbacher, Harald Ludwig, Claus Michl-Atzmüller, Helmut Muigg, Gerald Netzl, Alexander Neunherz, Ingrid Nowotny, Martin Oppenauer, Christian Schörkhuber, Susanna Steige-Moser, Peter Träschkowitzsch, Maximilian Zirkowitzsch.
Grafische Gestaltung: Jennifer Neumann.

Lektorat: Julia Gartner, Roswitha Horak, Roswitha Singer-Valentin.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. Juni 2015.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 7. September 2015.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at **Produktionsleitung:** VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien; Tel.: 524 70 86-0

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

Hersteller: Bauer Medien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Kurt Mezei 1924-1945

Judenschicksal

*Ich sah heut' tausend Menschen
verstörten Angesichts,
Ich sah heut' tausend Juden,
die wanderten ins Nichts.*

*Im Grau des kalten Morgens
zog die verfermte Schar
Und hinter ihr verblasste,
was einst ihr Leben war.*

*Sie schritten durch die Pforte
und wussten: Nie zurück!
Sie ließen alles dorten:
Vermögen, Geltung, Glück.*

*Wohin wird man euch führen?
Wo endet euer Pfad?
Sie wissen nur das eine:
Ihr Ziel heißt Stacheldraht!*

*Und was dort ihrer wartet,
ist Elend, Qual und Not,
Entbehrung, Hunger, Seuchen,
für viele bit'trer Tod.*

*Ich schaut' in ihre Augen
mit brüderlichem Blick,
Erwartend tiefsten Jammer
in solchem Missgeschick.*

*Doch statt Verzweiflung sah ich
nur ungebeures Müß'n
Um Haltung und Beherrschung
aus ihren Augen glüh'n.*

*Sah heißen Lebenswillen,
sah Hoffnung und sah Mut.
Ich sah in manchem Antlitz
ein Lächeln, stark und gut.*

*Da sah ich, tief ergriffen,
den Geist des Volks erkannt,
das, auserwählt zum Leiden,
das Leid noch stets bestand,*

*Das sich aus Not und Elend,
Verbannung, Fron und Haft,
Noch immer hat erhoben
mit ungebrosch'ner Kraft.*

*Ich sah heut' tausend Menschen,
verstörten Angesichts
Und sah im Grau des Morgens den
„Strahl des ew'gen Lichts“.*